ROTE ANNELIESE

Nr. 167 / April 2001 Fr. 4.50

Die Versicherungskatastrophe

Glückskette verlangt externe Untersuchung!

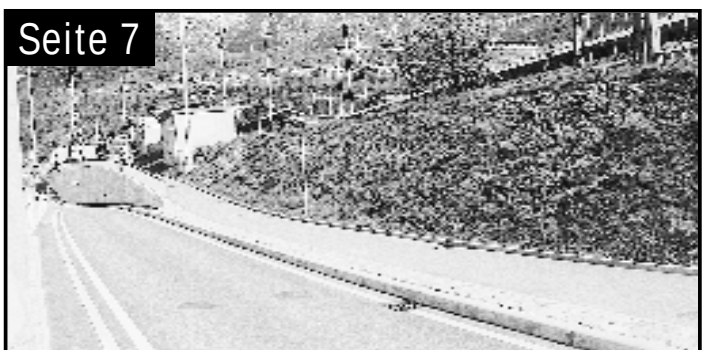
Seiten 8–9

Wer soll einbürgern?

Die Burgerschaft oder der Golfclub?

Seiten 3–5

Seite 7



Parkhaus zwischen Brig und Naters

AnwohnerInnen der Rottuweri ärgern sich zurecht!

Rolf Escher in Bern:

Das grosse Warten auf den ersten persönlichen Vorstoss

Seiten 12–13

Moël Volken: Kirche und Homosexualität sind kein Widerspruch Seite 11

Dicke Eier

WB vor Fusion mit der Berner Zeitung?

Die Berner Zeitung frisst sich aggressiv bis nach Kandersteg in die Zeitungslandschaft. Und man braucht kein Geograph zu sein, um zu wissen: Nach dem Lötschbergtunnel kommt das Oberwallis und der «Walliser Bote» mit dem lukrativen Todesanzeigen-Markt und dem Billig-Agentur-Abonnement mit der AP statt mit der Qualitätsagentur sda. Der Mengis-Verlag will es so: Sparen bei der WB-Redaktion, klotzen beim Buchverlag. Wie kann aber der Mengis-Verlag noch mehr aus dem WB herausholen? Die Antwort heisst: Kopfblatt mit der BernerZeitung. Dass **WB-Chef Pius Rieder** in einem Leitartikel noch ein letztes Mal vor den LeserInnen das Männchen machte, ist doch die natürlichste Sache der Welt. Mit einem Kopfblatt-System sei im Oberwallis «kein Staat zu machen. Dafür stehen Verlag und Redaktion gerade.» **Ob er sich beim Verlag hätte genauer erkundigen müssen, werden wir in der nächsten Zeit ja sehen...**

Impressum

Rote Anneliese (ra)
Auflage: 4000 Expl.
Jahresabo: Fr. 30.–
Unterstützungsabo: Fr. 60.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
– German Eyer (eg)
– Kurt Marti (ktm)

Freie MitarbeiterInnen
Renate Werlen, Ursula Schild, Peter Jossen, Cyrill Pinto, Dominik Luggen, Andreas Weissen (aw), Hilar Eggel (he) und andere

Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
Fax 027 923 69 71
rote.anneliese@rhone.ch

Hallenbarter zur Lage der Nation

Bevor der umtriebige Obergestler Gemeindepräsident, ehemalige CSP-Grossrat, Golf-Initiator und Bank-Präsident **Hans Hallenbarter** ins Haus der Wirtschaft in Naters einzieht, hielt er vor der Raiffeisenbank Obergoms eine Rede zur Lage der Nation, welche leider von den amerikanischen TV-Stationen nicht übertragen wurde. Dennoch soll er laut Medienberichten ein **25-jähriges Glaubensdogma in der Mottenkiste der Illusionen** versenkt haben: Das Sidelhorn-Projekt. Noch vor drei Jahren haben die FO-Bahn und die Gemeinden Oberwald, Obergesteln und Ulrichen noch viel Geld in eine Sidelhorn-Studie verbraten. Die RA ist gespannt, welche Projekte die neugegründete «Hans Hallenbarter GmbH» in Zukunft ausheckt.

Spitalstreit weitet sich auf WB und Radio Rottu aus

Nicht nur zwischen den Spitälern Visp und Brig herrscht Streit. Jetzt hat sich das Epizentrum ausgeweitet und ist auf den WB und Radio Rottu übergeschwappt. Am Donnerstag, den 29. März titelte **WB-Redaktor Thomas Rieder** stolz mit der Neuigkeit, das Spital Brig fordere eine Stilllegung der Spitalplanung. Weil die RZ erst am Freitag erscheint, hatte sie scheinbar die Nummer Zwei auf dem Rücken. Doch der WB hatte nicht mit der Schlitzohrigkeit der RZ-Macher gerechnet. Am Freitag veröffentlichten auch sie die Geschichte, allerdings als sündhaft teueres, doppelseitiges Inserat und erst noch in Form einer bezahlten Publireportage. Die RZ-Preise: 1800 Franken für ein einseitiges Inserat; 850 Franken zusätzlich für Vierfarbenqualität; 1500 Franken pro Seite Publireportage. Man rechne! Das jagte den guten Leuten vom WB dann doch den Nuggi heraus, worauf sie sich erbost bei der Briger Spitalleitung gegen die Verschwendung von Patientengelder beschwerten. Das Briger Spital seinerseits ist stocksauer auf Radio Rottu, weil dieses eine Reportage aus dem Spital Visp anlässlich der VIFRA ausstrahlte. Das Gute an der Sache: Adrenalinstösse fördern die Gesundheit und senken die Spitalkosten.

In eigener Sache

Ein weiterer Frühling!
Vor fünf Jahren fragte die *Rote Anneliese:* Geht's Lisi in Pension? Gesucht wurde dringend ein neuer Redaktor. German Eyer übernahm und ds'Lisi ist immer noch voll im Saft. Jetzt wechselt Eyer als Gewerkschaftssekretär zur GBI. Kurt Marti übernimmt die Redaktionsleitung. Und Patrick Zehnder, JUSO-Mitglied und Politologiestudent steigt in die Redaktion ein. Der *Roten Anneliese* droht damit ein weiterer Frühling.

Hans Schwestermann in eigener Sache

CSP-Mann **Hans Schwestermann** ist Vizepräsident von Brig-Glis und von berufeswegen Orientierungsschullehrer. Ohne Augenzwinkern hat der Gemeinderat (gegen die Stimmen der SP) seinen Vizepräsidenten in den Ausschuss der Orientierungsschulkommission gewählt. Damit überwacht der Gemeinderat Schwestermann den Lehrer Schwestermann gleich selbst. Um weitere unbestreitbare Synergien zu nutzen, schlagen wir vor, dass Schwestermann auch noch Mitglied des SchülerInnenrates wird. Und falls es keinen solchen gibt, müsste er diesen doch gründen und sich als ersten Schülerpräsidenten wählen lassen.

Kein Bison-Bunker, kein Landesverrat

Vor drei Jahren berichtete die *Rote Anneliese* über das geheime Bison-Bunker-Projekt der Militärs im Goms. Das Militärdepartement drohte unmissverständlich mit einer Klage wegen Landesverrats, wenn der Artikel erscheine. Heute ist vom millionenteuren und sinnlosen Projekt keine Rede mehr und die Militärs haben auch die Landesverratsklage nicht wahrgemacht. Diesen Steilpass wollten sie der *Roten Anneliese* doch nicht spielen. Wie sich die Zeiten ändern!

CVPO weiss nicht, was in Sitten läuft!

Richard Kalbermatter ist Präsident der CVPO. Die CVPO greift in schöner Regelmässigkeit die Gesundheitspolitik von SP Staatsrat Thomas Burgener an. Vor den Staatsratswahlen warf die CVPO Thomas Burgener vor, aus „persönlichen strategischen Überlegungen die Aufhebung der Akutmedizin in den Spitälern Brig und Siders“ beschlossen zu haben. Die CVPO ist zwar nicht Regierungspartei, trotzdem sollte sie sich über die wichtigsten Punkte der Regierungspolitik informieren. Der Staatsrat hatte nämlich einstimmig entschieden, dass alle Regionalspitäler Akutaktivitäten aufweisen sollen, wobei richtigerweise nicht überall alles angeboten werden kann. Damit hat sich Burgener erfolgreich gegen das Ansinnen der von der CVP dominierten «Viererbande» gewehrt, welche die Akutmedizin in den Spitälern Brig und Siders ausschliessen wollte. Gerade während des Wahlkampfs in den Staatsrat hätte **Richard Kalbermatter** und seine CVPO wegen Unterbeschäftigung genügend Zeit gehabt, sich über diese elementaren Positionen in der kantonalen Gesundheitspolitik zu informieren.

Inhalt

Schweizermacher unter Druck ▶ Seite 3
Soll der Golfclub einbürgern? ▶ Seite 4
Was läuft im Gleichstellungsbüro? ▶ Seite 6
Parkhaus: Plötzlich ist alles möglich! ▶ Seite 7
Harte und unfaire Versicherungen ▶ Seite 8
Privatversicherer: 46 Millionen zu viel! ▶ Seite 8
Post im Dorf ist von grosser Bedeutung ▶ Seite 10
Homosexualität und Kirche sind kein Widerspruch ▶ Seite 11
Atomlobby umarmt Rolf Escher ▶ Seite 12
CVP-VS in Bern: Hinterbänkler! ▶ Seite 13
Brechreiz im Stundhaus ▶ Seite 14
Beton-Volken gibt sich die Ehre ▶ Seite 14
Fall Brogli: Gnadenfrist läuft! ▶ Seite 15
T. Burgener: Linker geht's nimmer! ▶ Seite 15
Paul Virilio: Rasender Stillstand ▶ Seite 16
Gott in Leuk - Von der Wiege ins Grab ▶ Seite 18
Wohin frau/man geht ▶ Seite 19
OGB und GBI-Unia sprechen Klartext ▶ Seite 20

Einbürgerung von AusländerInnen

Die Schweizermacher sitzen auf der Anklagebank

BERN **– Jetzt geht es den Schweizermachern an den Kragen. Die Eidgenössische Ausländerkommission und die Arbeitsgruppe Bürgerrecht des Bundesrates gehen mit der bisherigen Einbürgerungspraxis für AusländerInnen hart ins Gericht. Fazit: Verfassungswidrige Volksentscheide, fehlendes Beschwerderecht, überrissene Gebühren, hyperbürokratischer Leerlauf, willkürliche Entscheide.**

VON KURT MARTI

Die Einbürgerungs- und Integrationspolitik der Schweiz hat versagt! Die Schweizer Gesellschaft zerfällt in jene, die mitreden und jene, die arbeiten und zahlen dürfen, aber gefälligst zu schweigen haben. Wie im alten Rom und Griechenland! Die Arbeitsgruppe Bürgerrecht des Bundes warnt eindringlich vor einer «gesellschaftlichen Zweiteilung». In der Schweiz leben 1,35 Millionen AusländerInnen mit einer Niederlassungs- und Aufenthaltsbewilligung, mehr als 600 000 wären bereits jetzt einbürgerungsfähig (12 Jahre und länger in der Schweiz). Beim zuständigen Bundesamt für Ausländerfragen stappeln sich die Gesuche. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates spricht von «erheblichen Vollzugsmängeln». Die Situation wird sich in den nächsten Jahren noch zuspitzen.

Die Folgen der enorm restriktiven Einbürgerungspolitik der letzten Jahrzehnte werden jetzt akut. Auf der Liste der europäischen Länder steht die Schweiz mit einer Einbürgerungsquote von 1,6 Prozent Einbürgerungen schlecht da (Seite 5). Die Eidgenössische Ausländerkommission (EKA) und die vom Bundesrat eingesetzte Arbeitsgruppe Bürgerrechte, insbesondere Staatsrechtsprofessor Andreas Auer zeigen die Mängel in ihren Berichten schonungslos auf:

■ Verfassungswidrige Volksentscheide

Laut Staatsrechtsprofessor Andreas Auer ist es verfassungswidrig, wenn Burger- oder Einwohnerversammlungen über die Einbürgerungen von Ausländer entscheiden. Es besteht die Gefahr von willkürlichen und rassistischen Entscheiden. Aus Datenschutzgründen erhalten die abstimmenden BurgerInnen beziehungsweise EinwohnerInnen nicht alle Informationen. Einbürgerungsentscheide sollten deshalb von der Exekutive, d.h. vom Gemeinderat oder einer Kommission gefällt und begründet werden.

■ Fehlendes Beschwerderecht

Wer an der Urne (z.B. im Wallis die Burgerversammlung) abstimmt, braucht sein Votum nicht zu begründen. Deshalb kann der Volksentscheid nicht auf dem Rechtsweg angefochten werden. Die Ausländerkommission und die Arbeitsgruppe des Bundesrates fordern ein kantonales Beschwerderecht.

■ Überrissene Einbürgerungsgebühren

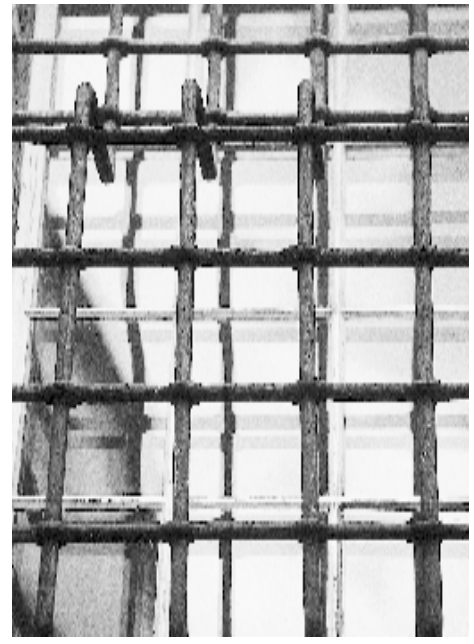
Die Einbürgerungsgebühren in vielen Gemeinden sind überrissen. Mit maximal 15 000 Franken gehören die Walliser Burgerschaften zu den Spitzenreitern. Hinzu kommen noch die Kosten eines Burgertrunks in der Höhe von mehreren Tausend Franken. Damit soll es gemäss Bundesrat in Zukunft Schluss sein. Der Bundesrat verlangt Tarife, welche die Einbürgerungskosten decken.

■ Hyperbürokratischer Leerlauf

In den meisten Kantonen (darunter das Wallis) kommt es zu einem bürokratischen Leerlauf und zu Mehrfachbefragungen: Zuerst ist der Bund an der Reihe und braucht die Informationen der Gemeinden und Kantone. Dann beginnt das Prozedere von vorne und die Gemeinden gehen ihrerseits ans Einbürgerungswerk. Die bundesrätliche Arbeitsgruppe fordert ein Vereinfachung des Verfahrens: Die Einbürgerung solle Sache der Gemeinden und Kantone sein und auf die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung wird verzichtet. Der Bund erhält jedoch ein Vetorecht.

■ Unhaltbarer Affront gegen junge AusländerInnen

Laut Arbeitsgruppe des Bundes ist es «unhaltbar», dass heute noch Gesuche von jungen, bei uns aufgewachsene ausländische Jugendliche ohne jede Begründung in einzelnen Gemeinden und Kantonen abgelehnt werden. Im krassen Gegensatz zu anderen Kantonen (ohne Wallis), wo die erleichterte Einbürgerung für junge Ausländern bereits praktiziert wird. Der Bundesrat schlägt deshalb vor: 1. Die in der Schweiz aufgewachsenen, jungen AusländerInnen der zweiten Generation sollen erleichtert eingebürgert werden. 2. Die in der Schweiz geborenen AusländerInnen der zweiten Generation sollen auf eine blosse Erklärung eingebürgert werden. 3. Die in der Schweiz geborenen AusländerInnen der dritten Generation sollen automatisch eingebürgert werden.



Geschlossene Gesellschaft: Mit der extrem restriktiven Einbürgerungspraxis hält die Schweiz den AusländerInnenanteil künstlich hoch.

Bundesrat übernimmt Forderungen

In der Schweiz leben 19 Prozent AusländerInnen. Diese Zahl wird durch das extrem restriktive Einbürgerungsverfahren künstlich hochgehalten. Mit einer europäisch vergleichbaren Einbürgerungspraxis könnte der Ausländeranteil auf 9 Prozent gesenkt werden. Der Bundesrat will nun endlich das Einbürgerungsgesetz revidieren. Statt einen konkreten Gesetzestext schickte er allerdings nur einen Fragenkatalog in die Vernehmlassung, welche bis Ende Mai dauert. Im Kommentar übernimmt der Bundesrat die Forderungen seiner Arbeitsgruppe Bürgerrecht, unter anderem auch die Senkung der Wohnsitzfrist von heute 12 auf 8 Jahre.

Trennung von Schweizer Bürgerrecht und Orts-Burgerrecht

Schluss mit Burgertrunk und Gebühren-Wucher!

WALLIS – **Im Wallis entscheidet eine kleine Minderheit von ortsansässigen BurgerInnen, ob AusländerInnen das Schweizer Bürgerrecht erhalten oder nicht. Zudem müssen die Eingebürgerten happige Gebühren bis zu 15 000 Franken auf den Tisch blättern und eigens für den Burgertrunk zusätzlich mehrere Tausend Franken bezahlen. Viele AusländerInnen verzichten daher auf das Schweizer Bürgerrecht, obwohl sie jahrzehntelang zum Wohlstand in unserem Land beigetragen haben.**

VON KURT MARTI

Das Gesetz über das Walliser Bürgerrecht ist erst seit 1995 in Kraft und schon veraltet. Der damalige CVP-Staatsrat Richard Gertschen hat einmal mehr ein Gesetz für die Mottenkiste fabriziert: Kantons- und Schweizer BürgerIn wird nur, wer ein Gemeindeburgerrecht vorweisen kann, welches von der Burgerversammlung erteilt wird. In Brig beispielsweise haben bloss 1732 BurgerInnen das Recht zum Schweizermachen. Der Rest der 11 600 EinwohnerInnen von Brig ist davon ausgeschlossen. An den Burgerversammlungen schliesslich entscheiden etwa 100 BurgerInnen (0,8 Prozent der Bevölkerung) darüber, ob ein Ausländer oder eine Ausländerin das Burgerrecht und damit auch das Schweizer Bürgerrecht erhält. Ausgerechnet ein alteingessener Club, der verständlicherweise sein Burgervermögen im Auge hat, entscheidet über das Schweizer Bürgerrecht.

Postulate Jossen und Salzmann

Aufgrund eines Postulates von SP-Nationalrat Peter Jossen empfiehlt die Arbeitsgruppe Bürgerrecht des Bundes den betroffenen zehn Kantonen, «sich mit der Problematik der Einbürgerungszuständigkeit von Burgergemeinden auseinanderzusetzen.» In der Begründung steht der Verweis auf die restriktive Praxis der Burgergemeinden, welche der Tradition grösseres Gewicht beimessen. Im Kanton Bern hat man das Problem schon 1997 erkannt und den Bürgergemeinden die Kompetenz zur Einbürgerung entzogen und den Einwohnergemeinden (Exekutive) übertragen. Ebenfalls in Schaffhausen und St. Gallen. Der ehemalige SP-Grossrat Edgar Salzmann hat im Mai 2000 im Grossen Rat ein entsprechendes Postulat eingereicht, welches die Entflechtung von Burgerrecht und Staatsangehörigkeit auf Kantonsebene verlangt. Gefordert ist eine entsprechende Revision des Bürgerrechtsgesetzes und der kantonalen Verfassung.

Jacques Allet und Theo Wyer: Positive Signale

Erstaunlich positiv tönt es von der Spitze des Verbandes der Walliser Burgergemeinden. Deren Präsident und frühere Burgerpräsident von Sitten, Jacques Allet, unterstützt die Forderungen des SP-Postulates. In einer Umfrage des Verbandes haben sich vor allem die Unterwalliser hinter Präsident Allet gestellt. Ebenfalls Theo Wyer, Burgerpräsident von Visp, teilt die Meinung von Verbandspräsident Allet auf Anfrage, hat sich aber mit der Gesetzesvorlage des Bundes noch nicht im Detail befasst.

Pius Eyer: «Legaler Diebstahl...»

Von den übrigen Oberwalliser Burgergemeinden allerdings muss sich Verbandspräsident Allet auf heftigen Widerstand gefasst machen. Auf Anfrage zeigt Pius Eyer, Vizepräsident des Verbandes und gleichzeitig Burgerpräsident von Naters, wenig Freude an der Machtbegrenzung der Burgergemeinden. Die Abschaffung der horrenden Einbürgerungsgebühren bezeichnet er als «legalen Diebstahl». Sinnvoll wäre zwar die Fortführung der bisherigen Praxis, doch der Bund gebe ja keine Ruhe, bemerkt Eyer resigniert und verschafft sich mit einer ausländerfeindlichen Äusserung Luft, deren Wortlaut wir hier aus rechtlichen Gründen nicht veröffentlichen. Am Schluss, so Eyer weiter, müsse man wohl den Eingebürgerten noch Geld ausbezahlen...

Richard Guntern: «An bisheriger Praxis festhalten...»

Auch der Burgerpräsident von Brig-Glis, Richard Guntern, will «an der bisherigen Praxis festhalten» (siehe oben).

Umdenken müssen auch die bisherigen Mitglieder der kantonalen Einbürgerungskommission, welche aus drei CVP-Leuten, zwei Radikalen und einem Liberalen zusammengesetzt ist. Der Gommer CVPO-Grossrat Werner Lagger hat noch im vergangenen November gesagt: «Ich bin überzeugt, dass sich die Gesetzgebung weitgehend bewährt hat.» Dieser Meinung hat sich auch Kommissionspräsident und CVPU-Grossrat Stéphan Marquis vorbehaltlos angeschlossen.

Das Walliser Einbürgerungsverfahren

Das Schweizer Bürgerrecht ist von der Zustimmung des Bundes, der Gemeinde und des Kantons abhängig.

Bund
Das Gesuch muss bei der kantonalen Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle eingereicht werden. Die Dienststelle nimmt die Befragung der GesuchstellerInnen vor und stellt einen Antrag ans Bundesamt für Ausländerfragen, welches einen Entscheid fällt.

Burgergemeinde
Die Burgergemeinden prüfen das Gesuch aufgrund eigener Befragungen. Über die Einbürgerung stimmt die Burgerversammlung ab.

Grosser Rat
Die GesuchstellerInnen reichen bei der zuständigen Dienststelle ein schriftliches Gesuch zuhanden des Grossen Rates ein. Eine fünfköpfige Subkommission der grossrätlichen Justizkommission behandelt die Gesuche, worauf der Grosse Rat über die Erteilung des Kantonsbürgerrechts entscheidet.

Interview mit Richard Guntern, Burgermeister von Brig-Glis

Auch der Golfclub verlangt hohe Gebühren...

***Rote Anneliese:* Was sagen Sie dazu, wenn die Burgergemeinden das Recht auf Einbürgerungen von AusländerInnen abgeben müssen?**

Richard Guntern: Wir möchten an der bisherigen Praxis festhalten. Sie hat sich bestens bewährt. Die Burgerversammlung hat in den letzten Jahren noch kein Einbürgerungsgesuch abgelehnt.

Wieviele Gesuche haben Sie pro Jahr?

Letztes Jahr war es eine Person. Dieses Jahr liegt ein Gesuch vor. Aber vor ein paar Jahren haben wir eine dreizehnköpfige Vietnamesenfamilie eingebürgert.

Der Bundesrat schlägt weiter vor, dass die Einbürgerungsgebühren auf die reinen Bürokosten reduziert werden. Was sagen Sie dazu?

Die Burgergemeinde Brig-Glis hat ein sehr grosses Vermögen, an dem auch die Eingebürgerten teilhaben. Deshalb rechtfertigen sich die hohen Gebühren. Auch bei anderen Vereinigungen gibt es hohe Eintrittsgebühren.

Zum Beispiel beim Golfclub?

Ja, zum Beispiel.

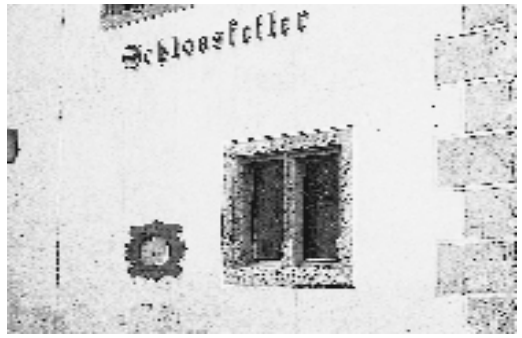
Mit welchen Kosten muss ein Ausländer rechnen, wenn er sich einbürgern will?

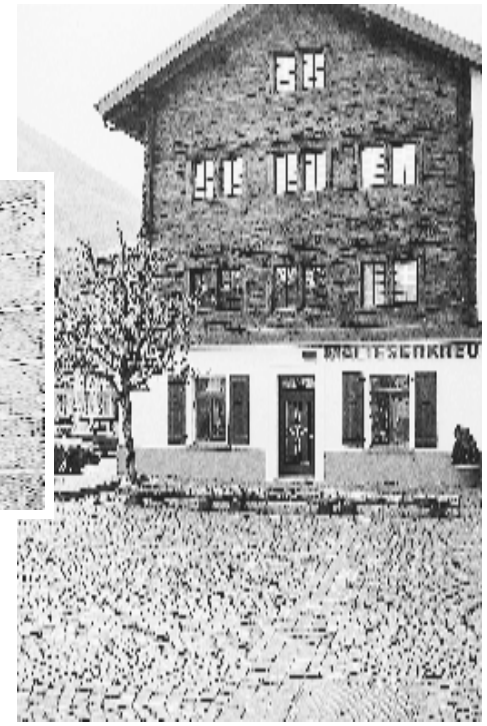
Wir verlangen maximal 12 000 Franken Gebühr. Hinzu kommt der Burgertrunk, welcher 5 000 – 7 000 Franken kostet.

Interview: Kurt Marti

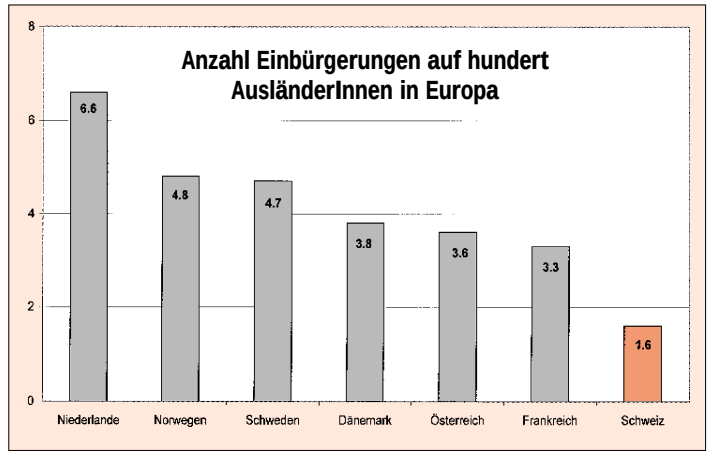
Integration steht auf drei Säulen

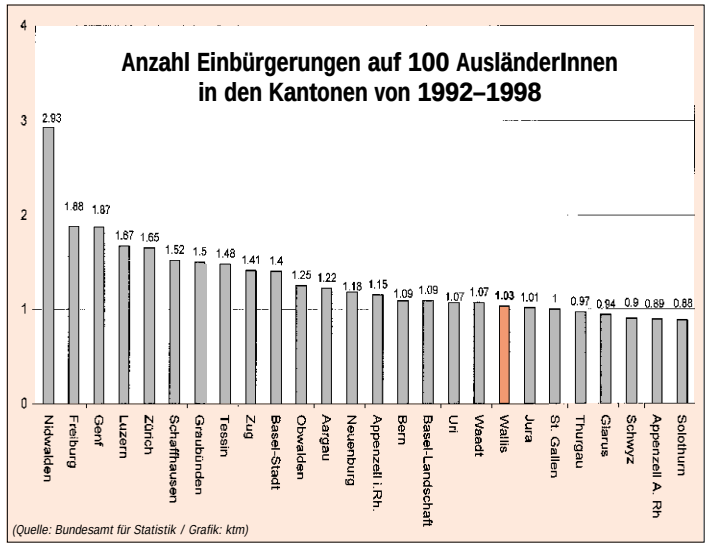
1. Vermittlung von Wissen (Sprache, Aus- und Weiterbildung)
2. Abbau von Schranken und Diskriminierungen (erleichterter Familiennachzug, Vertretung in Kommissionen, Ausländer im öffentlichen Dienst)
3. Politische Integration (Ausländerstimmrecht, Einbürgerungen nach acht Jahren)





Absurd! AusländerInnen in Brig-Glis, welche Schweizer BürgerInnen werden wollen, müssen sich zuerst finanziell am Restaurant Schlosskeller, am Restaurant Malteserkreuz oder auch an der Sebastianskapelle beteiligen, welche alle im Besitz der Burgerschaft Brig-Glis sind.





***Oben:** Die Schweiz bürgert im europäischen Vergleich sehr restriktiv ein.*
***Unten:** Das Wallis als Grenzkanton zu Italien und Frankreich ist im kantonalen Vergleich weit hinten platziert.*

Einbürgerungen:

Keine Sache für den Golfclub!

- Im Wallis leben 48 000 AusländerInnen, wovon über 22 000 einbürgerungsfähig sind. 25 Prozent der Erwerbstätigen im Wallis sind AusländerInnen.
- Die Einbürgerungspraxis ist äusserst restriktiv: In Brig-Glis kam es beispielsweise letztes Jahr zu einer einzigen Einbürgerung.
- Die Burgerpräsidenten des Unterwallis haben die Zeichen der Zeit erkannt. Das Schweizer Bürgerrecht muss vom Burgerrecht getrennt werden. Einige Oberwalliser Burgerpräsidenten verharren uneinsichtig auf veralteten Pfründen.
- Wenn ein Ausländer ein Einbürgerungsgesuch stellt, dann will er Schweizer Bürger werden und nicht 20 000 Franken für die Beteiligung an einem Burgervermögen zahlen.
- Der Briger Burgerpräsident Richard Guntern macht den Vergleich mit anderen Vereinigungen mit grossem Vermögen. Verfassungsmässige Grundrechte sind allerdings keine Angelegenheit für den Golfclub und auch nicht für die reichen Burgerschaften.
- AusländerInnen, die mehr als acht Jahre in der Schweiz wohnen, Steuern und AHV einzahlen, Strassen und Häuser bauen, Kranke und Betagte pflegen, im Tourismus und Gastgewerbe arbeiten, haben Anrecht auf eine Einbürgerung. Und zwar ohne Subventionierung einer reichen Burgerschaft!

Antworten von Barbara Guntern, Leiterin des kantonalen Gleichstellungsbüros

Was läuft eigentlich im Gleichstellungsbüro?

SITTEN – **Die Gleichstellungsbüros gerieten in letzter Zeit sowohl national wie auch kantonal unter Druck. Von Klageweibern, tutenden Postautos und ineffizienten Verwaltungsapparaten war die Rede. Die *Rote Anneliese* wollte es genau wissen und stellte Barabara Guntern, Leiterin des kantonalen Gleichstellungsbüros schriftlich einige Fragen zu. Guntern blieb die Antworten keineswegs schuldig.**

***Rote Anneliese:* Seit den letzten Grossratswahlen halten die Frauen in der Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Oberwallis die Mehrheit. Hat Sie dieses Resultat gefreut?**

Barbara Guntern: Bei der SP Oberwallis wurden zwei Frauen und zwei Männer gewählt. Damit ist die Vertretung im Grossrat halbe-halbe, genau das, was aus Gleichstellungssicht bei allen Parteien und für alle Entscheidgremien anzustreben ist. Selbstverständlich freuen wir uns darüber.

In den übrigen Parteien, vorab bei den C-Parteien, sieht die Bilanz der Frauenvertretungen nach den Wahlen trist aus. Sie gehören der CSPO an. Wie gross ist eigentlich der Einfluss der Leiterin des kantonalen Gleichstellungsbüro auf ihre Partei?

Seit Beginn seiner Tätigkeit im Jahre 1993 hat das Gleichstellungsbüro immer sachpolitische und nie parteipolitische Arbeit geleistet. Wir haben unsere Analysen und Berichte ebenso wie die vorgeschlagenen konkreten Massnahmen oder die Informationen über die von uns organisierten Veranstaltungen und Kurse jeweils allen Parteien zugestellt. Der Einfluss muss dementsprechend bei allen interessierten Parteien gleich wirken.

Die Kampagne des Gleichstellungsbüro bei den Grossratswahlen „Frauen streichen?“ wurde gerade auch von Frauen als völlig missglückt bezeichnet. Wer ist eigentlich verantwortlich für solche Kampagnen und sind Sie nicht auch der Meinung, dass es in der Politik keine Ironie verträgt?

Zahlreiche Reaktionen zeigen: Sehr viele Frauen (und auch Männer) fanden die Kampagne sehr gut, kreativ, innovativ und völlig treffend. Sie hat betroffen gemacht, weil sie offen legte, was Tatsache ist. Unsere Kampagne lautete „Frauen streichen? NACHDENKEN! ES BRAUCHT FRAUEN UND MÄNNER IM GROSSRAT“. Ich sehe nicht, was daran ironisch sein soll.

Frauen weigerten sich, beim Gleichstellungsbüro Werbematerial anzufordern, weil sie mit der Botschaft «Frauen streichen?» nichts anfangen konnten. Wird jetzt das ganze Werbematerial eingestampft?

Frauen (und Männer) hatten die Möglichkeit, Karten anzufordern, nicht die Verpflichtung! Im übrigen gibt es nichts einzustampfen. Das Material wurde verlangt und ist weitgehend verteilt!

Mit Frau Cilette Cretton hatte es diesmal eine Frau in der Hand, in den Staatsrat gewählt zu werden. Leider hatte sie ihre Kandidatur sehr spät angemeldet. Was hätte Ihrer Ansicht nach in den Staatsratswahlen anders laufen müssen, damit endlich eine Frau in die Regierung gewählt wird?

Einiges. Machtpolitische, regionalpolitische und parteipolitische Argumente haben den berechtigten Anspruch der Frauen auf den ersten Sitz in der Regierung einmal mehr in den Hintergrund gedrängt. Solange sämtliche Parteien die Strategie verfolgen, die Frauenwahl den andern zuzuschieben, werden Sie diese Frage nach Wahlen stellen dürfen.

Es gibt Frauen, denen ist es egal, welche politischen Standpunkte eine Frau vertritt, Hauptsache sei, dass endlich eine Frau in die Regierung gewählt werde. Teilen Sie diese Ansicht?

Nennen Sie mir diese Frauen! Ich glaube nicht, dass es sie gibt.

SP-Staatsrat Thomas Burgener wurde vorgeworfen, dass er nicht öffentlich Cilette Cretton unterstützt habe und damit eine Frau verhindert habe. Dabei hat sich Burgener nur an den Beschluss der SP Wallis gehalten, keine Wahlempfehlung abzugeben. Sind Sie auch der Meinung, dass es an Staatsrat Burgener gewesen wäre, Cilette Cretton zu pushen.

Die neue Regierung ist bestimmt - es ist daher hinfällig, über diese Frage zu diskutieren. Aus Gleichstellungssicht ist es natürlich äusserst bedauerlich, dass sich keine Partei - und gerade auch die SP Wallis nicht - durchringen konnte, die qualifizierte Kandidatur Cretton zu unterstützen.

Das Gleichstellungsbüro wird in der Öffentlichkeit vorab in Wahlzeiten wahrgenommen. Und dies jeweils mit äusserst mässigem Erfolg. Wäre es nicht sinnvoller, sich während den Legislaturperioden auf die politische Frauenarbeit zu konzentrieren und darüber positiv zu berichten, statt von einer Wahlschlappe in die nächste zu schlittern?

Ihre Frage zeugt von absoluter Unkenntnis der äusserst vielfältigen Arbeit des Gleichstellungsbüros. Das Gleichstellungsbüro hat in den letzten Jahren in Zusammenarbeit mit verschiedensten Instanzen, Vereinigungen und Institutionen zahlreiche Projekte initiiert, begleitet und durchgeführt. Aber aus Ihrer Fragestellung schliesse ich, dass Sie an sachlichen Informationen über unsere Arbeit gar nicht interessiert sind.

Staatsrat Thomas Burgener brachte vor dem Grossen Rat das Gesetz mit höheren Kinderzulagen durch. Jetzt wird aus Wirtschaftskreisen gegen dieses Gesetz das Referendum ergriffen. Welche Rolle wird das Gleichstellungsbüro im Abstimmungskampf übernehmen?

Die zur Diskussion stehende Vorlage ist als Gegenvorschlag auf die Initiative der christlichen Gewerkschaften entstanden. Das Gleichstellungsbüro hat bereits in der Arbeitsgruppe des Departementes bei der Ausarbeitung der Vorlage aktiv mitgewirkt. Die Bedeutung gezielter Unterstützung von jungen Familien zeigte übrigens gerade auch die im Dezember von Gleichstellungsbüro und Gleichstellungsrat veröffentlichte Armutsstudie auf, die im übrigen schweizerisch auf grosse Resonanz gestossen ist.

Des weiteren wird vom Departement Burgener demnächst eine Gesetzesvorlage für eine kantonale Mutterschaftsversicherung präsentiert, wie es die erfolgreiche Motion von SP-Frau Hildbrand verlangt. Wird das Gleichstellungsbüro für eine kantonale Mutterschaftsversicherung Lobbyarbeit leisten?

Das kantonale Gleichstellungsbüro hat im Zusammenhang mit der Mutterschaftsversicherung bereits sehr viel Vorarbeit geleistet, unter anderem eine einwöchige Ausstellung mit zusätzlichen Veranstaltungen organisiert und viel Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen der Eidgenössischen Abstimmung geleistet. Die Einrichtung einer Mutterschaftsversicherung gehört zu den langjährigen gleichstellungspolitischen Forderungen.

Im Walliser Boten wurde das Gleichstellungsbüro mit einem gelben Postauto mit einigen roten Plakaten verglichen, das vor jeder Kurve immer wieder die gleichen Hupsignale von sich gibt. Ein happiger Vergleich?

Das Bild ist unmotiviert und bringt uns nicht weiter, ebenso wenig wie jenes, das vorgibt, im Oberwallis könnte bei Wahlen auch ein Maultier auf eine Liste gesetzt werden.

Die Gleichstellungsbüros in der Schweiz - nicht nur im Kanton Wallis - befinden sich in einem Formtief. Was ist zu tun, damit die Gleichstellungsbüros ihre Formkrise überwinden?

Die Gleichstellungsbüros befinden sich absolut nicht in einem Formtief, sie leisten vielmehr nach wie vor gute, notwendige und wichtige Arbeit. Aber Gleichstellungsbeauftragte initiieren, unterstützen und fordern nun mal Änderungen, Umverteilung von Macht und Ressourcen, und das wird nicht überall gern gehört. Mehr Kompetenzen und vor allem auch stärkere Unterstützung von offizieller und höchster Seite würde die Arbeit allerdings erleichtern.

Interview: German Eyer

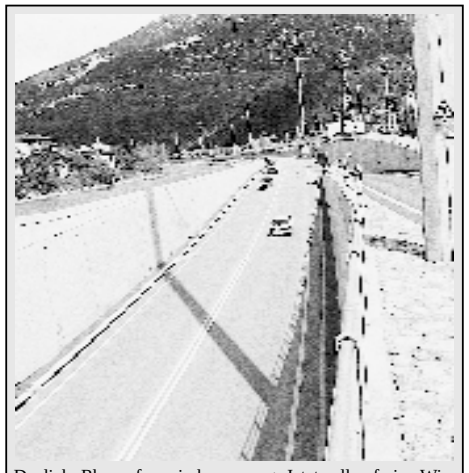
Parkhaus anstelle der Umfahrungsstrasse

Plötzlich ist alles möglich!

BRIG/NATERS – **Ein Verschieben der Umfahrungsstrasse A19 zwischen Brig und Naters in den Bereich der leerstehenden SBB-Geleise schien vor knapp 10 Jahren ein Ding der Unmöglichkeit. Für das Erstellen eines Parkhauses ist plötzlich ausreichend Platz vorhanden.**

VON GERMAN EYER

Der Widerstand der betroffenen Natischer Bevölkerung gegen die Kanalisierung des Rottens vor zehn Jahren war massiv. Die Bürgerbewegung «Rottuweri» konnte das Schlimmste verhüten. Die Hauptforderung der Initianten des Vereins «Rottuweri»: ein ohnehin nur noch selten benütztes SBB Geleise aufheben und die Umfahrungsstrasse um rund fünf Meter gegen Süden schieben.Dieser vernünftige Vorschlag wurde von der verantwortlichen Behörde brutal abgeschmettert. In der Folge wurde das Rottenufer mit seiner Vegetation auf der Brigerseite völlig zerstört. Jetzt will die Stadtgemeinde Brig-Glis just an dieser Stelle ein Parkhaus erstellen. Und plötzlich scheint alles möglich und niemand spricht mehr von einem Platzproblem!



Das linke Rhoneufer zwischen Brig und Naters bietet heute einen relativ trostlosen Anblick. Neben einem unattraktiven Spazierweg, eingeklemmt zwischen Lärmschutzwänden und einer kahlen Uferböschung brausen die Autos und Lastwagen auf der Umfahrungsstrasse dahin. Zwar wurde versucht, die Uferlandschaft wieder aufzuforsten, doch rissen die Fluten vom Hochwasser Mitte Oktober des letzten Jahres sämtliche eingepflanzten Bäume und Sträucher wieder weg. Jetzt soll auf eine Wiederaufforstung definitiv verzichtet werden. Die Natischer Bürgerbewegung «Rottuweri» verlangte seinerzeit, die Umfahrungsstrasse gegen die Geleise zu schieben, damit dem Rotten nicht noch mehr Platz weggenommen wird. Doch stiessen die besorgten BürgerInnen bei den verantwortlichen Behörden auf taube Ohren. Man sei bereit im Dezimeterbereich zu diskutieren, hiess es damals, alles andere könne man sich abschminken.

Seit Jahren sucht die Briger Stadtbehörde nach einem geeigneten Standort, um in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs ein Parkhaus zu errichten. Alle Versuche sind bis heute gescheitert. Jetzt scheint man fündig geworden zu sein. Der Standort für ein neues Parkhaus befindet sich just in dem Bereich, wo es vor wenigen Jahren noch unmöglich war, die Umfahrungsstrasse zu bauen. Das Parkhaus soll vorab den BenützerInnen der Züge Richtung Sitten und Bern dienen.

Der Verein «Rottuweri» schlug bei der Planung der Umfahrungsstrasse für die Verbindung zwischen Brig und Naters einen Kreisel vor. Der Vorteil des Kreisels: die Umfahrungsstrasse hätte weiter südlich erstellt werden können und dabei wäre die Uferlandschaft des Rottens nicht zerstört worden. Die Ingenieure und Verkehrsplaner putzten den vernünftigen Vorschlag der Initianten vom Tisch. Ein Kreisel sei an diesem Standort wegen den Auf- und Abfahrten unmöglich und darum überhaupt kein Thema. Jetzt ist plötzlich alles anders: ein Kreisel nach dem «Rottuwerivorschlag» soll die Aus- und Einfahrten ins projektierte Parkhaus gewährleisten.

Gleichzeitig mit der enormen Zunahme der Motorisierung in den letzten Jahrzehnten hat auch die Bedeutung der zur Verfügung stehenden Abstell- und Parkplätze für Motorfahrzeuge zugenommen. Die Zeiten, in denen nach dem Grundsatz «soviel Parkplätze wie möglich» gehandelt wurde, sind aus verschiedenen Gründen (Luftreinhaltung, Verkehrssicherheit, Strassenkapazität, Bodenversiedlung usw.) vorbei. Vielmehr gilt heute die Devise «soviel Parkplätze wie nötig». In dichtbesiedelten Gebieten wie beispielsweise in der Gemeinde Naters, stellen die Parkplätze eine wichtige Steuerungsgrösse zur Lenkung des Verkehrsaufkommens dar. Aufgrund des hohen Anteils an hausgemachten Verkehrs gilt es, mit einer rigorosen Parkplatzpolitik diesen einzudämmen.

Dezentrale Parkplätze aufheben

So nachzulesen nicht etwa in irgendeinem Sektenblatt eines grünen Verkehrsclubs sondern im Verkehrskonzept der Gemeinde Naters. Doch leider blieb das Verkehrskonzept bis anhin nichts anderes als ein Papiertiger, der in irgendeiner Schublade irgendeines Gemeinderates vergilbt. Die Realität sieht anders aus: statt einer rigorosen Parkplatzpolitik wurden die besten und attraktivsten Gemeindeböden mit dezentralen Parkplätzen versiegelt und zubetoniert. Dies sowohl in Naters wie auch in Brig. Wenn jetzt beim Bahnhof ein Parkhaus erstellt wird, so muss zumindest ein Grundsatz für eine zukunftsweisende Parkplatzpolitik erfüllt werden: für jeden Einstellplatz, der neu geschaffen wird, muss ein Parkplatz auf den überdimensionierten dezentralen Plätzen aufgehoben werden, damit diese Flächen endlich sinnvoll genutzt werden können.

Glückskette-Mitarbeiter Viktor Ruch über die privaten Gebäudeversicherungen im Wallis:

«Die Missstände sind offensichtlich und müssen extern untersucht werden!»

WALLIS – **Glückskette-Mitarbeiter Viktor Ruch vom Schweizerischen Roten Kreuz behandelt die Hilfsgesuche von Unwettergeschädigten im Wallis. Den privaten Gebäudeversicherungen stellt er kein gutes Zeugnis aus: «Die Missstände sind offensichtlich und müssen extern untersucht werden!» Er ist überzeugt: Mit einer kantonalen Versicherung würden die WalliserInnen viel besser fahren.**

***Rote Anneliese:* Herr Ruch, Sie sind beim SRK verantwortlich für die Behandlung der Hilfsgesuche von Unwettergeschädigten im Wallis. Welche Erfahrungen machten Sie mit den privaten Gebäudeversicherungen?**

Ruch: Die privaten Gebäudeversicherungen sind bei der Schadensabwicklung sehr unterschiedlich. Einige sind eher kulant, andere aber sind übertrieben hart, um nicht zu sagen unfair, wenn es um Schadenszahlungen geht. Die Missstände bei den Gebäudeversicherungen im Wallis sind offensichtlich und das ganze System müsste extern untersucht werden. Als Entscheidungshilfen für den Abschluss einer Versicherung werden leider nur Prämienvergleiche veröffentlicht und nie Informationen über das Verhalten der Versicherungen im Schadenfall. Einige betroffene Walliser hätten im Nachhinein lieber mehr Prämien bezahlt.

«Meine Erfahrungen zeigen: Versicherte mit einer kantonalen Gebäudeversicherung fahren viel besser.»

Können Sie die Namen der unfairen Versicherungen nennen?

Nein, das möchte ich noch nicht. Ich kann Ihnen aber sagen, dass eine Versicherung obenaus schlägt.

Was meinen Sie mit harten Versicherungen?

Die harten Versicherungen zeigen sich wenig kulant mit den Versicherten: Wer sich nicht auskennt und sich nicht wehren kann, zieht den kürzeren, zum Beispiel ArbeitnehmerInnen mit geringen Kenntnissen in Versicherungsfragen.

Baltschieder: Weil die Schäden auf dem Umschwung nicht versichert sind, kommt es zu sehr vielen Gesuchen an die Glüchskette. Zum Vergleich: Bex (VD) war ebenfalls stark von den Unwettern betroffen. Trotzdem ging bei der Glückskette kein einziges Gesuch ein. Grund: Der Kanton Waadt hat eine kantonale Gebäudeversicherung.

«Wer sich nicht auskennt, zieht den kürzeren.»

Ich gebe Ihnen zwei Beispiele, wie einige private Versicherung auftreten: Zuerst gaben die Versicherungen die Weisung, dass bei der Schadensabklärung keine Architekten beizuziehen sind. Die Versicherungen sparen so die Honorare der Architekten und drücken die Schadenszahlungen, weil die Gebäudebesitzer in der Regel mit der Einschätzung überfordert sind. Zweites Beispiel: In einigen Gemeinden boten die Versicherungen den Versicherten sogenannte Pauschalabfindungen an. Die Schadensumme konnte dadurch gesenkt und allfällige Ansprüche auf später festzustellende Schäden ausgeschlossen werden. Wir haben sofort interveniert und den Leuten empfohlen, keine solche Pauschalen einzugehen. Für einige war es schon zu spät. Sie hatten schon unterschrieben...

«Die Versicherungen sparen so die Honorare der Architekten und drükken die Schadenszahlungen.»

Der Kanton Wallis ist einer der wenigen Kantone, welche noch keine kantonale Gebäudeversicherung haben. Ist das ein Vorteil?

Nein, im Gegenteil. Meine Erfahrungen in der ganzen Schweiz zeigen, dass die Versicherten mit einer kantonalen Gebäudeversicherung viel besser fahren als mit einer privaten Versicherung. Die WalliserInnen zahlen höhere Prämien und haben je nach Versicherung eine schlechtere Deckung des Schadens. Ich sehe nicht ein, weshalb die Versicherten in den Kantonen Bern und Waadt die Hälfte weniger Prämien bezahlen wie im Wallis. Ein weiterer Vorteil bei einer kantonalen Lösung liegt darin, dass sich die Betroffenen bei grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten mit der Versicherung gemeinsam mit nur einer Versicherung auseinandersetzen können.

«Leider wurde eine periodische Anpassung des Versicherungswertes oft unterlassen.»

Wo liegen die grössten Probleme?

Ein grosses Problem ist die Unterdeckung der Schäden. Vor allem bei den Gebäuden, welche älter als zehn Jahre sind, sieht es teilweise schlimm aus. Ich habe Beispiele gesehen, wo Wohnhäuser mit bloss 50 000 Franken versichert waren. Leider wurde eine periodische Überprüfung und Anpassung des Versicherungswertes oft unterlassen. Ein weiteres Problem sind die nichtversicherten Schäden auf dem Umschwung von Wohngebäuden. Diese werden von den privaten Versicherungen nicht versichert. Zum Vergleich: Die Waadtländer Gemeinde Bex war ebenfalls von starken Überschwemmungen betroffen. Aus Bex haben wir jedoch kein einziges Gesuch von Privatpersonen erhalten. In Baltschieder hingegen haben fast alle GebäudebesitzerInnen ein Gesuch gestellt, da ihr Umschwung nicht versicherbar war. Im Gegensatz zum Kanton Wallis hat der Kanton Waadt eine kantonale Gebäudeversicherung, welche auch die Schäden auf dem Umschwung versichert. Für eine Prämie von 80 Franken jährlich kann man eine Schadensumme von 20 000 Franken versichern.

«Spendengelder dürfen nicht missbräuchlich verwendet werden.»

Was unternimmt das SRK?

Wir werden die Missstände untersuchen, mit der Glückskette das weitere Vorgehen absprechen und zu einem späteren Zeitpunkt an die Öffentlichkeit gehen. Wir haben zudem auch Probleme in der Schadenabwicklung bei der Mobiliarversicherung festgestellt. All diese Erfahrungen haben uns dazu bewogen, bei einem nächsten grösseren Unwetter unverzüglich eine Hotline mit neutralen Versicherungsexperten anzubieten, damit die Betroffenen von allem Anfang an richtig beraten sind. Es geht letztlich darum, Spendengelder nicht für ungerechtfertigte Einsparungen von Versicherungen sozusagen missbräuchlich zu verwenden.

Herr Ruch, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Interview: Kurt Marti

Mit unfairen Pauschalabfindungen versuchten die Versicherungs-Agenten die Versicherten übers Ohr zu hauen. Bis die Glückskette intervenierte.

Millionengeschenk für Privatversicherungen

So kämpften die CVP und CSP für die Aktionäre

- 1997 forderte SP-Grossrat Beat Jost mit einer Motion im Grossen Rat eine kantonale Gebäudeversicherung. Die CVP und die CSP bekämpften die Motion mit Händen und Füssen.
- CVP-Grossrat Jean-Michel Cina und CSP-Grossrätin Marie-Theres Schwery liessen sich von der Versicherungsfraktion einspannen und lobten die Kulanz der privaten Versicherungen in hohen Tönen. Auch warnten sie vor Prämienerhöhungen und Deckungslücken, falls das Wallis eine kantonale Versicherung wähle.
- Das Gegenteil ist der Fall: Im Vergleich zum Kanton Graubünden zahlen die Walliser Haus- und WohnungsbesitzerInnen 46 Millionen zuviel Prämien und werden durch schlechtere Leistungen bestraft, wie die Erfahrungen der Glückskette zeigen.
- Mit ihrer Politik im Grossen Rat sicherten die Schwarzen und Gelben den Aktionären ein jährliches Geschenk von 46 Millionen und lassen die WalliserInnen dafür schamlos zahlen.
- Im letzten Herbst hat die SP-Fraktion mit einem dringlichen Postulat eine neutrale Studie zu den Gebäudeversicherungen verlangt. Dieselbe Forderungen formuliert jetzt auch die Glückskette.

Prämienvergleich der Feuer- und Elementarschadenversicherungen in den Kantonen Graubünden und Wallis zeigt:

Private Gebäudeversicherer kassieren im Wallis 46 Millionen zuviel!

Die untenstehende Tabelle zeigt: Die kantonale Gebäudeversicherung in Graubünden ist mehr als die Hälfte billiger als die privaten Versicherungen im Wallis. Wer seine Wohnung im Wert von 250 000 Franken versichert, zahlt im Wallis 158 Franken mehr als in Graubünden. Für ein Haus im Wert von 550 000 Franken macht die Differenz 347 Franken, für ein Mehrfamilienhaus von 5,5 Millionen sind es horrende 3 465 Franken. Im Wallis sind Gebäude im Gesamtwert von 73 Milliarden bei der Privatassekuranz mit einer Gesamtprämie von schätzungsweise 78,8 Millionen versichert. Für die gleiche Versicherungssumme zahlen die BündnerInnen rund 32,8 Millionen Prämie, also rund 46 Millionen weniger!

Versicherungs-summe	Durchschnittliche Prämie im Kanton Graubünden (45 Rp. / 1000 Fr.)[1]	Durchschnittliche Prämie im Kanton Wallis (108 Rp. / 1000 Fr.)[2]	Differenz pro Jahr
250 000 Franken	112 Franken	270 Franken	**158 Franken**
550 000 Franken	247 Franken	594 Franken	**347 Franken**
750 000 Franken	337 Franken	810 Franken	**473 Franken**
5 500 000 Franken	2 475 Franken	5 940 Franken	**3 465 Franken**
73 Milliarden[3] Franken (Gesamte Versicherungs-summe im Wallis)	32,8 Millionen Franken	78,8 Millionen Franken	**46 Millionen Franken**

[1] Laut Auskunft von Markus Fischer, Direktor der Gebäudeversicherung des Kantons Graubünden und gleichzeitig Präsident der Vereinigung Kantonaler Feuerversicherungen (VKF)

[2] Laut Zahlen, welche Thomas von Ungern-Sternberg, Professor an der Uni Lausanne, anfangs 2001 in den „Perspektiven der Wirtschaftspolitik“ 2(1): 31-44 veröffentlicht hat. Es handelt sich dabei um den Durchschnitt der Jahre 1986 - 1995. Laut Ungern-Sternberg hat die Privatassekuranz seit 1995 keine Daten mehr publiziert, die einen direkten Prämienvergleich für die letzten Jahre erlauben. Aus der Entwicklung der Prämieneinnahmen kann man laut Ungern-Sternberg schliessen, „dass ihr Prämiensatz in etwa konstant geblieben ist. Bei den kantonalen Gebäudeversicherungen ist er noch einmal um 20 Prozent gefallen, von 58,6 Rp./1000 Fr. im Jahr 1995 auf 47,3 Rp./1000 Fr. im Jahr 1999.“

[3] Laut Auskunft von Mathias C.Berger vom Schweizerischen Versicherungsverband (SVV)

Professor Thomas von Ungern-Sternberg:

Deshalb sind die kantonalen Gebäudeversicherungen besser

- **Viel weniger Prämien:** In 19 Kantonen gibt es eine kantonale Gebäudeversicherung, in den restlichen Kantonen (inklusive Wallis) versichert die Privatassekuranz die Gebäude. Der Vergleich der Durchschnittsprämien zeigt: Die privaten Gebäudeversicherer sind mehr als doppelt so teuer wie die kantonalen (siehe Tabelle).
- **Viel weniger Verwaltungskosten:** Wegen des Monopols brauchen die kantonalen Versicherungen keine Vertreterprovisionen zu bezahlen, welche bei der Privatassekuranz über 15 Prozent der Prämie ausmachen. Auch die Verwaltungskosten sind bei den kantonalen Versicherungen fast dreimal tiefer.
- **Viel mehr für die Prävention:** Die kantonalen Versicherungen geben doppelt so viel für die Schadensverhütung aus wie die privaten Versicherer. Zum Beispiel beteiligen sie sich finanziell an raumplanerischen Massnahmen (z.B. Auszonung von gefährdeten Gebieten) und profitieren dann von den geringeren Schäden. Mit dem Modell der privaten Versicherungen hingegen tragen die Gemeinden die Kosten einer Auszonung und die Privatversicherungen würden profitieren. Der Anreiz für die Gemeinden ist deshalb sehr klein.

Warnung vor Folgen der Klimaveränderung

In einem noch unveröffentlichten Artikel kommt ebenfalls Professor Gebhard Kirchgässner von der Hochschule St. Gallen zum selben Schluss wie Ungern-Sternberg. Auf Anfrage verweist Kirchgässner auf die Vorteile einer kantonalen Versicherung. Vor allem die drohende Klimaveränderung sei ein Argument für eine öffentliche Versicherung: «Die Unwetterschäden infolge der Klimaveränderung werden in den Berggebieten eher zunehmen.»

Interview mit Nationalrat Peter Jossen, Mitglied der Kommission Verkehr und Fernmeldewesen

«Die Post im Dorf ist von eminenter politischer Bedeutung!»

BERN/OBERWALLIS – **Innerhalb eines knappen Monats sammelte die Sozialdemokratische Partei Oberwallis zusammen mit dem Oberwalliser Gewerkschaftsbund über 7 000 Unterschriften gegen den Kahlschlag beim Poststellennetz. Inzwischen hat sich der zuständige Bundesrat Moritz Leuenberger für die Unterschriften schriftlich bedankt. Leuenberger betonte in seinem Schreiben, dass bis heute noch keine Schliessungen von Poststellen beschlossen wurden. Wir wollten genau wissen, was eigentlich in Bern läuft und trafen uns zu einem Interview mit Nationalrat Peter Jossen, Mitglied der Kommission Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates.**

VON GERMAN EYER

***Rote Anneliese:* Die Schweizerische Post hat am 18. Januar dieses Jahres ihre Absicht zur Restrukturierung des Poststellennetzes bekannt gegeben. Was ist seither auf der Politbühne geschehen?**

Peter Jossen: Blenden wir zurück: Anfangs Jahr war die Ausgangslage katastrophal: Es drohte die Schliessung von bis zu 1 000 Poststellen und deren teilweisen Ersatz durch Agenturen, Filialen und einen erweiterten Zustelldienst. Die Post wollte bis zu 150 Millionen einsparen und das Poststellennetz für die Rand- und Berggebiete dramatisch zusammenstreichen.

Wie ist Deine Beurteilung heute?

Der Druck durch Unterschriftensammlungen, Proteste von Kantonsregierungen und von Fraktionen hat erste Erfolge gebracht. Konkret: Es geht nur noch um 80 Schliessungen in den Städten. Alle andern Massnahmen müssen mit den betroffenen Gemeinden abgesprochen werden. Die Postverantwortlichen haben die Proteste im ganzen Land massiv unterschätzt. Wer das Poststellennetz nur als Kostenfaktor betrachtet, vergisst, welches Potenzial ein gut funktionierendes Netz hat. Ich habe in allen meinen Gesprächen immer auf den unhaltbaren Widerspruch hingewiesen, dass derselbe Eigentümer - nämlich der Bund - mit der linken Hand existierende Netze zerstört und mit der rechten Hand dann wieder aufwendige Wirtschaftsförderung für strukturarme Gebiete betreiben muss.

Was hat die SP-Fraktion in Bern unternommen?

Für die SP-Fraktion ist unbestritten, dass das Post–stellennetz kontinuierlich den Bedürfnissen der Kundschaft anzupassen ist. Dazu war die Post seit eh und je verpflichtet. Insofern sind laufend betriebswirtschaftliche Optimierungen vorzunehmen.

Mit den angekündigten Massnahmen hat die Post nach unserer Auffassung den bis anhin unbestrittenen Grundsatz verlassen, dass der Universaldienst in einem flächendeckenden Poststellennetz angeboten wird und der Verzicht auf eigene Poststellen in Städten und Dörfern unseres Landes die absolute Ausnahme darstellt.

Es ist doch auch klar, dass zwischen der Situation in den Randgebieten und den Städten unterschieden werden muss. Sieht das die SP-Fraktion auch so?

Ja. Der Universaldienst der Post ist weit mehr als ein betriebswirtschaftliches Problem. Die Post im Dorf ist von eminenter politischer Bedeutung, wie die Reaktionen der Bevölkerung sowie zahlreicher Gemeindebehörden in den letzten Wochen zeigten. Die von der Post anfangs Jahr als «Optimierung des Poststellennetzes» angekündigten Massnahmen stellen das bisherige System der postalischen Grundversorgung grundlegend in Frage. Wird die Dichte des Poststellennetzes nur unter den Kriterium der „Kostenoptimierung“ beurteilt, sind wir in den Rand- und Berggebieten die Leidtragenden.

Wie soll es nun weitergehen?

Die Zukunft der Post beschäftigt mich nicht nur als Mitglied der Verkehrskommission, sondern auch in meiner Tätigkeit in der Geschäftsprüfungskommission. Für mich stehen folgende Stichworte im Vordergrund:

1. Die Aufrechterhaltung eines flächendeckenden Poststellennetzes als Grundvoraussetzung für die bedürfnisgerechte Erbringung des Universaldienstes gemäss Artikel 2 bis 4 des Postgesetzes

2. Es ist staatspolitisch nicht vertretbar, die Dichte des Poststellennetzes vorab unter dem Aspekt «Kostenoptimierung» und «Kostendeckung» festzulegen und auf Fragen des nationalen Zusammenhaltes vollständig zu verzichten.

3. Einvernehmliche Regelungen mit den lokalen Behörden sind unabdingbare Voraussetzung für die Schliessung von Poststellen.

4. Die von der Post angekündigten Massnahmen und die sich darin widerspiegelnden langfristigen Tendenzen sind unter arbeitsmarktlichen Aspekten, insbesondere für die Rand- und Bergregionen unakzeptabel.

5. Es ist unakzeptabel, wenn die Post die Aufrechterhaltung einer Poststelle bzw. einen «besseren Service» unter der Voraussetzung einer Abgeltung der ungedeckten Kosten durch die Gemeinde offeriert. Eine derartige Praxis ist mit dem gesetzlichen Grundsatz, wonach die Post verpflichtet ist, den Universaldienst in allen Landesteilen nach gleichen Grundsätzen anzubieten (Artikel 2 Abs. 2 Postgesetz) unvereinbar.

Braucht es nicht auch eine Änderung des Postgesetzes?

Die Fraktion hat auch über diese Frage eingehend beraten. Nationalrat Andrea Hämmerle hat im Namen der Fraktion eine entsprechende Motion hinterlegt, die der Bundesrat nun prüfen muss.

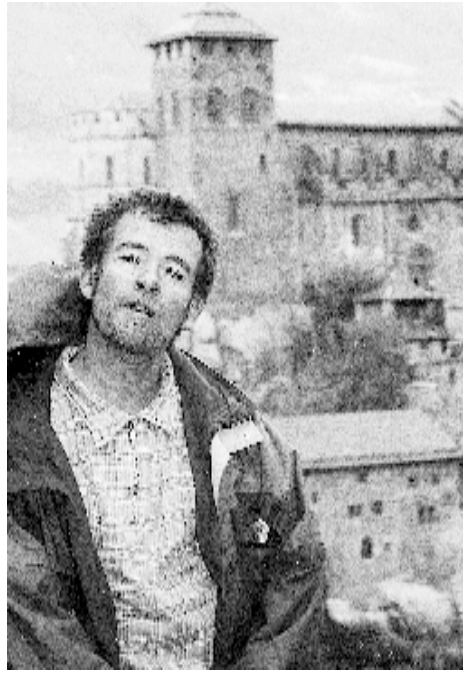
Die Stossrichtung der Motion Hämmerle: Der Universaldienst gemäss Postgesetz ist dahingehend zu ergänzen, dass landesweit ein flächendeckendes Poststellennetz zu betreiben ist. Dabei gilt der Grundsatz, dass in jeder Gemeinde eine Poststelle betrieben wird. Für Kleingemeinden sind kombinierte Lösungen anzustreben (Post und Einkaufen, Post und Bahn, Post und Gemeindeverwaltung, Post und Tourismusbüro etc.). Möglich ist auch, dass mehrere Kleingemeinden von der gleichen Poststelle bedient werden. Massgebend ist dabei – genauso wie in Städten und Agglomerationen – das Prinzip, dass die nächste Poststelle mit einem Angebot auf der Basis PP mit dem öffentlichen Verkehr in zehn Minuten erreichbar sein muss.

Der Bund entgilt der Post jährlich einen Anteil an die ungedeckten Kosten des Universaldienstes.

Gespräch mit Moël Volken von der Schwulenorganisation Pink-Cross

«Kirche und Homosexualität sind kein Widerspruch!»

WALLIS – **Die Diskussion um die Bewilligung der Gay-Pride Romandie in Sitten schlägt hohe Wellen. Rechtskonservative Kreise planen den Aufstand, der Walliser Bischof setzt mit seinen Äusserungen über Homosexuelle die Schweizer Presse in Aufruhr und der Sittener Stadtrat hat nun, nach langem Zögern und das Kritisieren, die Bewilligung doch noch erteilt. Wer sind die Organisatoren der Gay-Pride? Denn weshalb werden Schwule und ihre Anliegen im Wallis nicht toleriert und was sind die Forderungen der Veranstalter? Über diese und andere Fragen hat die *Rote Anneliese* mit Moël Volken von der Schwulenorganisation Pink-Cross gesprochen.**



***Rote Anneliese:* Sie sind Geschäftsleiter der Organisation Pink-Cross. Was sind die Ziele dieser Schwulenorganisation?**

Moël Volken: Pink-Cross ist eine Dachorganisation. Ihr sind 2000 Einzelmitglieder, 50 Organisationen und 40 Unternehmen angeschlossen. Unser Ziel ist die Gleichberechtigung aller Lesben und Schwulen in der Schweiz. Wir fordern die Gleichstellung von Lesben- und Schwulenpaaren mit heterosexuellen Paaren wie dies seit diesem April in den Niederlanden der Fall ist. Absolut dringend ist eine Lösung für binationale Paare. Uns ist auch die Aufklärung über Homosexualität schon in der Schule wichtig. Jugendliche sollen nicht mehr durch Klischees und Witze über Schwule und Lesben „informiert“ werden. Pink-Cross will durch eine Kampagne gegen Diskriminierung und Mobbing gegenüber Schwulen und Lesben am Arbeitsplatz vorgehen.

Mit welchen Organisationen arbeitet Pink-Cross zusammen?

Pink-Cross arbeitet weltweit mit verschiedenen Organisationen wie Amnesty International oder der UNO Menschenrechtsorganisation zusammen.

Was steht in nächster Zeit politisch zum Thema Lesben und Schwule an?

Nächstens geht das neue Partnerschaftsgesetz in die Vernehmlassung. Es wird lesbischen und schwulen Lebensgemeinschaften eine rechtliche Anerkennung bringen, wobei noch völlig offen ist, wieweit unsere Forderung nach gleichen Rechten darin erfüllt wird.

Die Gay-Pride in Sitten wurde bewilligt. Ist die Welt damit wieder in Ordnung?

Die ganze Diskussion um die Sittener Gay-Pride hat eins gezeigt: Die geplante Veranstaltung darf nicht nur auf der Schiene „Umzug durch die Stadt“ laufen. Die Bevölkerung muss im Dialog und mit Infos auf die Anliegen der Lesben und Schwulen in der Schweiz aber auch im Wallis aufmerksam gemacht werden. Das hatten die OrganisatorInnen vor Ort, die Gruppe Alpagay in Sion, immer so geplant. Nach der ganzen Geschichte wird die Gay-Pride in Sitten wohl etwas «bräver» ausfallen.

Gegen die Durchführung der Gay-Pride sammelt Romandit Unterschriften. Was halten Sie von dieser erzkatholischen Bewegung?

Wir haben Respekt vor Romandit, denn diese Gruppierung ist eng mit konservativen Elementen von Kirche, Wirtschaft und Politik im Wallis verbunden und hat somit viel Einfluss. Ihre Argumente gegen die Gay-Pride sind dagegen absolut jenseits von gut und böse. Diese Leute kämpfen gegen ein monströses Ungeheuer, das es gar nicht gibt. Im übrigen lässt Pink Cross von einem unabhängigen Juristen prüfen, ob Romandit über das Antirassismusgesetz gerichtlich belangt werden kann.

Wird Pink-Cross oft mit derartigen Aktionen attackiert?

Solche Angriffe auf uns, vor allem durch religiöse Gruppierungen, sind relativ häufig. In letzter Zeit haben sie eindeutig zugenommen.

Wie stehen Sie persönlich zur katholischen Kirche? Sind sie gläubig?

Ja. Ich bin im Wallis und damit mit der katholischen Kirche aufgewachsen. Der Glaube an Gott ist ein wichtiger Grundpfeiler in meinem Leben. Kirche und Homosexualität sind kein Widerspruch. Das muss in Zukunft auch die katholische Kirche akzeptieren.

Wann werden Homosexuelle in unserer Gesellschaft gleichberechtigt und akzeptiert sein?

Erst wenn sich niemand mehr drum schert ob jemand schwul, bzw. lesbisch ist oder nicht, dann haben wir unser Ziel erreicht. Ich denke bis es so weit ist, werden mindestens noch 50 Jahre vergehen.

Interview: Cyrill Pinto

Kanton Wallis verlangt AKW-Befristung

CVP-Ständerat Rolf Escher tanzt auf dem Kühlturm

BERN – In seiner Antwort zum neuen Atomenergiegesetz verlangt der Kanton Wallis eine Befristung der Betriebszeit der fünf Schweizer Atomkraftwerke. Natürlich im Interesse des Stroms aus Wasserkraft! CVP-Ständerat Rolf Escher hingegen unterstützt in Bern einen Vorstoss der Atomlobby, welcher sich gegen eine Befristung und für mehr AKW-Forschungsgelder ins Zeug legt.

VON KURT MARTI

In den nächsten zwei Jahren wird in der Schweiz über die Zukunft der fünf Atomkraftwerke entschieden. Das revidierte Atomenergiegesetz kommt ins eidgenössische Parlament und das Volk kann über die Atomausstiegs- und Moratorium-Plus-Initiativen abstimmen. Dabei geht es auch um die zukünftigen Marktchancen der einheimischen Wasserkraft, welche den Atomstrom bisher in Milliardenhöhe subventioniert hat. Der Walliser Energiedirektor Thomas Burgener und der Kanton Wallis verlangen deshalb in ihrer Antwort zum revidierten Atomenergiegesetz eine Befristung der Laufzeit der Atomkraftwerke, und zwar zusammen mit acht anderen Kantonen.

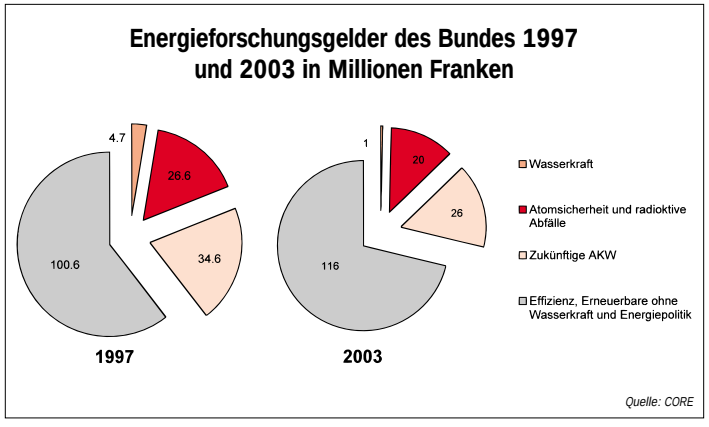
Energieminister Moritz Leuenberger hatte eine Befristung auf 40 Jahre gefordert. Die Umweltverbände, die SP und die Grünen verlangen 30 Jahre. Mit Unterstützung von Bundesrat Pascal Couchepin ist der Gesamtbundesrat jedoch auf die Linie der Atomlobby eingeschwenkt, welche die Schrottreaktoren bis zu 60 Jahre und mehr laufen lassen will. Couchepin hat sich mehr auf sein früheres Verwaltungsratsmandat bei der Elektrowatt besonnen (Massgebliche Anteile am AKW Leibstadt) als auf sein Vizepräsidium bei der Walliser Elektrizitätsgesellschaft WEG.

Nach erfolgreicher Unterwanderung des Bundesrates nimmt sich nun die Atomlobby aus den AKW-Standortkantonen Aargau und Solothurn die National- und Ständeräte vor, welche sich demnächst mit dem revidierten Atomenergiegesetz und den beiden Anti-Atom-Initiativen der Umweltverbände, der SP und der Grünen zu befassen haben. Die beiden Kantone haben in Bern je eine Standesinitiative eingereicht. Hauptstossrichtung: Vorteile für die Atomkraft herausschinden und keine Befristung der AKW-Laufzeiten.

Escher ging Atomlobby auf den Leim

In der Umweltkommission des Ständerates wurde der Wunschzettel der Atomlobby etwas umformuliert und kam in der Tessiner Frühlingssession als Motion in den Ständerat. Auch CVP-Ständerat Rolf Escher ging der Atomlobby kläglich auf den Leim: Weder in der Frage der Befristung, noch in der Frage der AKW-Forschungsgelder wagte er aufzumucken. Mit keinem einzigen Wort vertrat er in der Debatte die Walliser Position einer Befristung, obwohl sein Ständeratshonorar aus der Walliser Kantonskasse mit 60 000 Franken alimentiert wird.

Kanton Wallis will Befristung der AKW-Betriebszeit. CVP-Ständerat Escher wird vom Kanton mit 60 000 Franken bezahlt und unterstützt Vorstoss der Atomlobby, welche gegen eine Befristung ist.



Für zukünftige Energiesysteme will der Bund auch in Zukunft 26 Millionen im Jahr verschwenden, davon gehen 25 an die Kernfusion, welche frühestens in 50 Jahren Strom liefern könnte und welche laut Energieforschungskommission CORE «ein hohes Risiko der Realisierbarkeit darstellt». Gleichzeitig kürzt der Bundesrat die Wasserkraftforschung von 4,7 Millionen auf 1 Million Franken zusammen. Der Rohrbruch im Druckstollen der Grande Dixence hat gezeigt, dass Forschung in diesem Bereich notwendig ist. Das müsste wohl auch Bundesrat Pascal Couchepin wissen, der Verwaltungsrat der Firma «Giovanola» war, welche die Druckleitung schliesslich gebaut hat, und sich nun zu verantworten hat.

Auch die Frage der eidgenössischen Forschungsmillionen für die Atomkraft liess Escher im Ständerat kritiklos passieren. Viel mehr steht auch er hinter den Atomlobbyisten der ständerätlichen Kommission, welche «einen Verzicht auf Beschränkungen der Kernenergieforschung» fordern und die Atomforschung «auch zukünftig in einem angemessenen Umfang» unterstützen wollen. Was die Sicherheitsforschung für die bestehenden Atomkraftwerke betrifft, darf ohne Zweifel nicht gespart werden. Diese beträgt aber mit rund 18 Millionen bloss einen Drittel der gesamten Atomenergieforschung.

Eigentlich hätte es Escher besser wissen müssen. Bereits vor der Debatte im Ständerat hat er sich persönlich bei Eduard Kiener, dem Direktor des Bundesamtes für Energie, über die Zahlen der Atomenergieforschung im Vergleich zu jenen der Wasserkraft erkundigt. Kiener versprach dem wackeren Bergler, die Zahlen zu liefern. In den Argumenten der ständerätlichen Umweltkommission jedoch tauchen nur die horrenden Zahlen der Atomenergieforschung auf, von den mickrigen Zahlen der Wasserkraftforschung keine Spur.

Schwache Dossierkenntnis

Dabei liegen die skandalösen Vergleichszahlen als 50-seitige Brochüre der Eidgenössischen Energieforschungskommission CORE bereits seit Mai 1999 fein säuberlich vor (siehe Grafik) und Escher hätte sie als Argument in der Umweltkommission und im Ständerat auftischen können. Abschliessend empfiehlt die *Rote Anneliese* dem «jungen» CVP-Ständerat Escher, sich in Bern doch nach der Adresse der Parlamentsdienste zu erkundigen, welche jedem Parlamentarier unentgeltlich zur Verfügung steht und für ihre ausgezeichnete Arbeit bekannt ist.

Im weiteren enthält das atomhörige Papier der Kommission unglaubliche Sätze wie: «Die Kernenergie kann man durchaus als erneuerbare Energie bezeichnen.» Diese Aussage ist sachlich falsch, weil das Uran, wie auch das Erdöl, einmal zu Ende geht, also eine nichterneuerbare Energiequelle ist. Das war nun auch dem guten Escher der Atominfiltration zu viel, so dass er bemerkte: «Ich verteufle die Kernenergie keineswegs, halte aber fest: Die Kernenergie ist keine erneuerbare Energie. Diese Grenze darf nicht vernebelt werden.» Immerhin!

Tanz um den heissen Brei

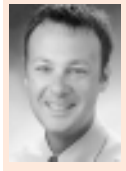
Wieviel verdient Escher?

(ktm) Der ehemalige SP-Grossrat Edgar Salzmann hat in einem WB-Leserbrief den FO-Direktor, den EWBN-Verwaltungsrat und CVP-Ständerat Rolf Escher aufgefordert, seinen Lohn offenzulegen. Das hat Escher inbezug auf seinen FO-Lohn getan. Escher kommt bei der FO auf 65 000 Franken netto. Was sein Gehalt beim EWBN anbelangt, blieb er stumm, und zwar mit dem Argument, die Aktienmehrheit des EWBN sei in privater Hand. Ein äusserst spitzfindiges Argument, denn der Anteil von Kanton und Gemeinden liegt nur knapp unter 50 Prozent.

Bei der Energie-Beteiligungs-Gesellschaft (EBG) hingegen, wo Escher ebenfalls Verwaltungsratspräsident ist, hat die öffentliche Hand die Aktienmehrheit, so dass die Schweigsamkeit Eschers unbegründet ist. Auch über sein Haupteinkommen als Ständerat hat Escher geschwiegen. Dieses stammt hauptsächlich aus der Kantonskasse: Rund 120 000 Franken zahlt der Kanton an die beiden Walliser Ständeräte zusammen. Hinzu kommen die Kommissionstaggelder. Escher sitzt in fünf eidgenössischen Kommission. Die *Rote Anneliese* schätzt Eschers Bruttoeinkommen im Bereich von 160 000 bis 180 000 Franken im Jahr.

Bald ist Halbzeit in Bern:

Schwarze Hinterbänkler Escher, Chevrier und Mariéthan noch immer ohne persönliche Vorstösse



Stéphane Rossini (SP):
17 Vorstösse
Invalidenversicherung
Ergänzungsleistungen
Ärztedichte
Weiterbildungsurlaub
Finanzstatistik
Universitätsspitäler
Militärdienstbefreiung
Tourismusverschuldung
Informationstechnologie
Altersvorsorge
Soziallehre
Fachhochschule
Sozialwesen
Auslandschweizer
Militärinvestitionen
Berufliche Vorsorge
Krankenversicherung

Peter Jossen (SP)
11 Vorstösse
Vermessung der Bauzonen
Verjährung von Diebstählen
Wiederauszahlungsklausel
Visp-Raron A9 Südvariante
Leichtflugzeuge
Burgerrecht
Erdbeben
LSVA
Archäologie A9
Minergiestandard
Minergie

Odilo Schmid (CSP)
11 Vorstösse
Nationalstrassennetz
Elementarschadenprävention
Arbeitsplatz Randregion
Strom-Infrastruktur
Militärpolitik
Bosnien-Herzegowina
Variantenskifahren
Autoverlad Furka
Lawinenschäden
Swiss-Express
AHV-Beiträge

Simon Epiney (CVP)
5 Vorstösse
Regionalfernsehen
Touristische Transportanlagen
Tunnel Grosser St. Bernhard
Emissionszentrale
Post- und Telekommunikation

Jean-Michel Cina (CVP)
4 Vorstösse
Betreibungsregister
Lizenz für Software
Risikoaktivitäten
Betreibungs- und Konkursrecht

Charles-Albert Antille (FDP)
1 Vorstoss
Abbau Bundesschulden

Rolf Escher (CVP)
Kein Vorstoss
Motion angedroht

Maurice Chevrier (CVP)
Kein Vorstoss

Fernand Mariéthan (CVP)
Kein Vorstoss

BERN/WALLIS - «Ich kann gottlos ungeduldig sein,» hat Rolf Escher im Wahlkampf gesagt. Bald ist Halbzeit in Bern und ungeduldig wartet das Oberwalliser Wahlvolk auf den ersten parlamentarischen Vorstoss ihres Ständerates. Immerhin: Im Tessin hat Escher eine Motion angedroht.

Einer der Gradmesser für die parlamentarische Aktivität in Bern sind die persönlich eingereichten Vorstösse. Wie die Abbildung zeigt, haben in der laufenden Legislatur die beiden Unterwalliser CVP-Nationalräte Maurice Chevrier und Fernand Mariéthan noch keinen einzigen persönlichen Vorstoss in Bern untergebracht. Sie sind in guter Gesellschaft mit dem CVP-Ständerat Rolf Escher, dessen Konto ebenfalls noch auf Null steht. Allerdings hat Escher, inspiriert durch die Tessiner Frühlingsluft, eine Motion angedroht, in der er die Publikationspflicht eines Grundstückerwerbs abschaffen will. Weil der Bundesrat sowieso den generellen Zugriff auf das Grundbuch mittels Internet prüft, trägt der Briger Altstadtpräsident damit nasses Wasser in die Saltina.

Etwas besser gestartet ist CVP-Nationalrat Jean-Michel Cina. Der Salgescher Gemeindepräsident bringt es auf vier Vorstösse. Gut im Schuss ist mit 11 Vorstössen CSP-Nationalrat Odilo Schmid. Zusammen mit SP-Nationalrat Peter Jossen belegt er Platz 2 in der Rangliste. Weit voraus ist der Unterwalliser SP-Nationalrat Stéphane Rossini mit 17 Vorstössen.

Kurt Marti

Illegale Verbrennungen der Firmen «Regotz und Furrer AG» und der Batigroup AG

Skrupellose Angriffe auf die Atemwege der Kinder

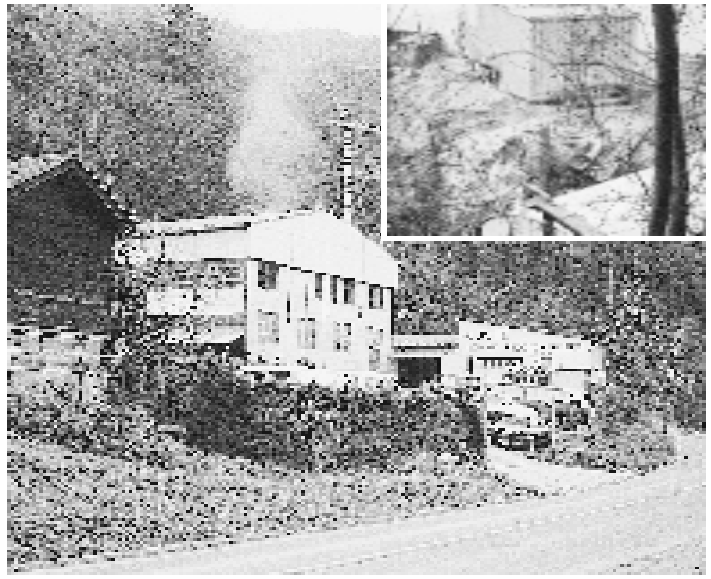
STUNDHAUS/VISPERTERMINEN **– Und sie können es nicht lassen, obwohl es verboten ist und die Gesundheit der AnwohnerInnen stark gefährdet. Die Baufirma «Regotz und Furrer AG» und die benachbarte «Batigroup AG» verbrannten vor Weihnachten beim Stundhaus zwischen Visp und Neubrück einmal mehr ihre Abfälle. Der Kanton hat auf Anzeige der *Roten Anneliese* interveniert.**

VON KURT MARTI

Es ist Dienstag, der 19. Dezember 2000: Besorgte EinwohnerInnen vom Stundhaus zwischen Visp und Neubrück benachrichtigen die *Rote Anneliese*. Wieder einmal brennt es im anliegenden Baudepot der Baufirma «Regotz und Furrer». Dicker Rauch steigt aus der Mitte des Baudepots auf, wo Bauabfälle verbrannt werden. Der Rauch staut sich im engen Tal. Bereits nach wenigen Minuten meldet sich der Brechreiz. Doch die «Regotz und Furrer» ist nicht allein im Rauchkonzert: Besonders aggressiv ist die schwarze Rauchschwade, welche aus einem alten Benzinfass auf dem Gelände der gegenüberliegenden «Batigroup» aufsteigt.

Skrupellos: Seit 10 Jahren

Laut Angaben von AnwohnerInnen verbrennt die Firma «Regotz und Furrer» regelmässig im Spätherbst bis Weihnachten ihre Bauabfälle. Dann müssen die Fenster tagelang geschlossen bleiben. Erwachsene kämpfen mit Atemproblemen und die Kinder leiden vermehrt an Erkrankungen der Atemwege. Viele der AnwohnerInnen haben resigniert. Denn ihr Kampf gegen die illegalen Verbrennungen dauert schon 10 Jahre. Beim kantonalen Dienststelle für Umweltschutz gingen bereits im Hebst 1991 Klagen von BewohnerInnen vom Stundhaus ein. Der Kanton hat interveniert und darauf verwiesen, dass «offene Feuer zur Beseitigung von Abfällen und Materialien jeglicher Art verboten sind.»



Feuer und Rauch auf dem Baudepot der Firma «Regotz und Furrer AG».

Darauf hat die Gemeinde Visperterminen symbolische Bussen ausgesprochen und die illegalen Verbrennungen gingen weiter. Bis den AnwohnerInnen 1998 der Kragen platzte: Sie riefen die Feuerwehr, welche das Feuer dann auch löschte. «Regotz und Furrer» wurde mit einer saftigen Busse bestraft.

Anzeige der Roten Anneliese

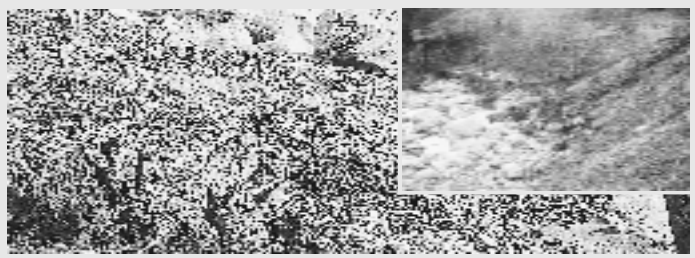
Aufgrund der Klagen von EinwohnerInnen hat die *Rote Anneliese* die illegalen Verbrennungen beim Kanton schriftlich angezeigt. Frédéric Zuber, Chef der Sektion Abfälle und Grundwasser, leitete den Fall an die Kantonspolizei weiter und wies den Umweltinspektor an, mit den Baufirmen Kontakt aufzunehmen. Die Intervention der *Roten Anneliese* blieb nicht ohne Wirkung: Wie EinwohnerInnen berichten, haben die Verbrennungen sofort aufgehört. Die Frage bleibt: Wie lange?

Beton Volken:

Tonnenweise Schwemmmaterial in den Rotten gekippt

LAX **– Das fängt ja gut an! Eigentlich sollte die Firma VOBO GmbH, vertreten durch Franz-Josef Volken und Alfred Bodenmann, in Zukunft Klärschlamm wiederverwerten. Doch die beiden Klärschlammprofis haben schon Probleme im Umgang mit blossem Schwemmmaterial.**

Die Volken-Bodenmann (VOBO) GmbH richtet zur Zeit bei der Rottenbrücke von Lax nach Ernen einen Recyclingplatz für Klärschlamm ein. Dafür werden grosse Mengen Erdmaterial abgelagert. Den bewilligten Perimeter hat die VOBO allerdings nicht eingehalten. Im letzten Herbst hat die VOBO hunderte von Tonnen feinkörniges Schwemmmaterial den Rottenhang hinuntergekippt. «Eine Gaunerei,» ruft ein Laxer Bürger empört aus. Der «Lavastrom» erstreckt sich rund fünfzig Meter den Hang hinab bis ins Flussbett des Rottens und liegt auf der vollen Länge im kantonalen Naturschutzgebiet. Das nächste Hochwasser wird das Schwemmmaterial flussabwärts schwemmen, wo es zum Beispiel in Naters oder Visp liegenbleiben würde. Auf Anfrage bestätigt Peter Keusch, Sektionschef bei der Dienststelle für Wald und Landschaft, dass man die Gemeinde Lax bereits am 16. November 2000 angewiesen habe, für Ordnung zu Sorgen. Eines ist jetzt schon klar: Wenn die VOBO nicht einmal blosses Schwemmmaterial im Griff hat, dann erst recht nicht den Klärschlamm!



Schwemmmaterial tonnenweise in den Rotten gekippt (neben der Rottenbrücke nach Ernen).

Kurt Marti

Gemeinderat von Brig-Glis beschliesst:

Letzte Gnadenfrist für Eduard Brogli

BRIG-GLIS **– Der Gemeinderat von Brig-Glis nimmt die Kritik der letzten *Roten Anneliese* auf und gibt Eduard Brogli eine Gnadenfrist bis im Herbst. Dann muss sich Brogli entscheiden, ob er seinen Temporärjob als Gemeindeschreiber aufgibt und Casino-Manager wird.**

In der letzten *Roten Anneliese* erklärte Gemeindeschreiber Eduard Brogli, dass er möglicherweise als Gemeindeschreiber zurücktrete, falls er für die Casino Brig AG operativ tätig werde und dafür Honorare beziehe. Damit war klar: In Broglis Kopf drehten sich schon vor Stellenantritt die Roulettekugeln und sie drehen sich immer schneller. Das wurde auch dem Brig-Gliser Gemeinderat zu bunt. Jetzt hat er seinem Schreiber eine Gnadenfrist gesetzt: Bis im Herbst muss er sich entscheiden, ob er Gemeindeschreiber bleiben will oder Casino-Manager wird. Dann kommt voraussichtlich der Casino-Entscheid aus Bern. Vorsorglich hat die Casino Brig AG bereits ein Baugesuch für den Umbau des bestehenden Dancings in ein Spielcasino eingereicht.

Wen Peakts?

Gut ein halbes Jahr ist es her als Brogli das Gemeindeschreiberamt aufnahm. Dass Brogli bereits nach wenigen Monaten im Amt mit dem Rücktritt kokettiert, stösst in breiten Kreisen auf Kopfschütteln. Denn Gemeindeschreiber ist kein Temporärjob, sondern ein öffentliches Amt, das eine seriöse, langfristige Planung erfordert. Wie kann Brogli also mittel- und langfristige Projekte in die Hand nehmen, wenn sein Kopf bereits in der Goldgrube steckt? Wieso kann überhaupt jemand Gemeindeschreiber werden, der noch andere heisse Eisen im Feuer hat und diese auch deklariert? Diese Frage muss sich der Gemeinderat stellen, aber auch Paul Otto Arnold vom Beratungsbüro Peak, welcher mit der Durchführung des Bewerbungsverfahren betraut war und auch sonst als Reorganisator der Stadtverwaltung omnipräsent die Fäden zieht. Wen Peakts?

Kurt Marti

Brogli muss sich entscheiden: Schloss oder Casino?

Thomas Burgener: Linker geht's nimmer!

Liest Blatter Joseph die NZZ nicht immer?

SITTEN **– Joseph Blatter verfügt seit Jahren über zwei Eigenschaften: zum einen liest er leidenschaftlich gerne Zeitschriften und verwurstelt das Gelesene in seine WB-Kolumnen und zum andern hat er einen Tick auf alles, was irgendetwas mit Links und Rot zu tun hat.**

Nach den Staatsratswahlen und in einer seiner letzten WB- Kolumnen fotzelte Blatter über den hervorragend gewählten SP-Staatsrat Thomas Burgener und über die linke Parteispitze im Oberwallis. Wenn schon denn schon hätte man die radikale Kandidatin Cretton wählen sollen, denn die stehe weiter links als Burgener. So die Schreibe des altgedienten WB Kolumnisten Blatter.

Weil davon auszugehen ist, dass Blatter auch und regelmässig die NZZ liest – jedoch ab und zu eine Ausgabe verpasst – holen wir dies hier nach.

Thomas Burgener sass bis vor zwei Jahren im Nationalrat. Die unverdächtige «Neue Zürcher Zeitung» untersucht regelmässig das Abstim–mungsverhalten der einzelnen ParlamentarierInnen. Auf einer links-rechts Skala werden die Ergebnisse publiziert. Eine Einstufung von –10 charakterisiert den perfekten Linken, eine solche von +10 den perfekten Rechten und die Zahl Null den Politiker der Mitte. Je häufiger ein Ratsmitglied für eine linke bzw. rechte Position stimmt, desto weiter links oder rechts wird es eingeordnet.

Geben wir jetzt einen Blick auf die Skala in der «Neuen Zürcher Zeitung». Thomas Burgener ist eingestuft mit –10. Das heisst: linker geht's nimmer als mit Thomas Burgener. Also, lieber Blatter Joseph, nichts da mit dem rechtsbürgerlichen Burgener. Und ab und zu die NZZ in die Hand nehmen und gründlich durchlesen.

German Eyer

Rechtsradikalismus: Im Oberwallis ein Thema.

OBERWALLIS **– Letzten Februar fand unter dem Titel Rechtsradikalismus im Oberwallis ein Podium statt. Fazit: Rechtsradikalismus ist auch im Oberwallis ein Thema.**

Im Februar fand unter dem Thema „Rechtsradikalismus im Oberwallis“ eine Podiumsdiskussion statt. Rund 100 Personen, meist Jugendliche aus dem Oberwallis, folgten der Einladung der JUSO Oberwallis und versammelten sich im Briger Pfarreizentrum. Sie konnten eine spannende Diskussion verfolgen, die von vielen Wortmeldungen aus dem Publikum geprägt war. Die Rechtsradikalen selber, im Vorfeld der Diskussion von der JUSO angefragt am Podium teilzunehmen, fanden zur Überraschung aller, zwar nur zu dritt, den Weg ins Pfarreizentrum und diskutierten eifrig mit. Die Wortmeldungen aus der rechten Ecke und die Ausführungen des Kommandanten der Walliser Kriminalpolizei, Robert Steiner bestätigten, was die *Rote Anneliese* schon im Mai letzten Jahres aufdeckte. Denn bei der Polizei stehen die Zahlen schwarz auf weiss: Im gesamten Wallis verübten die rechten Schläger im letzten Jahr über 20 Straftaten, deren zwei fielen aufs Oberwallis. Bei diesen Zahlen ist nur noch anzufügen, dass diese mit Vorsicht zu geniessen sind, da die Dunkelziffer auch hier weit höher liegt, als statistisch erfasst. Das ist neu, denn noch vor einem Jahr behaupteten die Kantonspolizei Wallis und die grosse Oberwalliser Tageszeitung, Rechtsradikalismus sei im Oberwallis kein Thema. Der braune Sumpf ist da und kann auch im Oberwallis nicht mehr geleugnet werden. Der Aufmarsch bei der 1. Augustfeier auf dem Rütli hat die Bevölkerung sensibilisiert. Der Mord von Unterseen bei Interlaken schreckt auf. Die Gewalttat vom „Bödeli“ zeigt, dass Rechte Gewalt in der Schweiz eine neue Dimension erreicht hat. Um solche Taten zu verhindern, sind jetzt alle Walliser Institutionen vom Staatsrat bis zum Primarlehrer gefordert. Die rechte Szene darf sich nicht widerspruchslos formieren. Eins ist jedoch klar: Die *Rote Anneliese* bleibt dran und wird weiterhin aus der rechten Szene berichten.

Cyrill Pinto

Paul Virilio
Rasender Stillstand

Paul Virilio - Philosoph, Architekt, Urbanist - ist Begründer einer Wissenschaft, die er Dromologie nennt und in der sich Technikgeschichte, Militärwissenschaft, Urbanistik und Physik verbinden. Virilio reflektiert die Auswirkungen der Geschwindigkeit, in deren Licht heute alles erscheint, und äussert sich kritisch zur masslosen Beschleunigung, die in "rasenden Stillstand" übergeht. In der Welt des Cyberspace, gegen die er polemisiert, werde der Raum mehr und mehr verschwinden, wodurch die Welt immer enger werde.

VON HILAR EGGEL

Paul Virilio ist Geschwindigkeitstheoretiker, Architekt und Philosoph, Als Analytiker und warnender Visionär versucht er, das menschliche Zusammenleben vor der Bedrohung durch eine schrankenlos gewordene Technologie zu retten.

In den "Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie" führte Karl Marx die Relativierung der seit Newton für absolut gehaltenen Grössen von Raum und Zeit auf die Umwälzungen der Wirtschaft zurück. Er schreibt: "Während das Kapital also einerseits dahin streben muss, jede örtliche Schranke des Verkehrs, i.e. Austauschs niederzureissen, die ganze Erde als einen Markt zu erobern, strebt es andrerseits danach, den Raum zu vernichten durch die Zeit; d.h. die Zeit, die die Bewegung von einem Ort zum andren kostet, auf ein Minimum zu reduzieren. Je entwickelter das Kapital..., desto mehr strebt es zugleich nach grösserer räumlicher Ausdehnung des Markts und nach grösserer Vernichtung des Raums durch die Zeit." Virilio nimmt diese Gedanken von Karl Marx auf und überträgt sie auf die modere Zeit und unsere Gesellschaft. Er sieht heute vor allem drei Gefahren: zum einen die täglich atomare Gefahr. Des weiteren nennt er die Informations-Bombe sowie die genetische Bombe, die es erlaubt, den Menschen zu manipulieren und seine Verhaltensweisen zu berechnen.

Demokratie in Gefahr

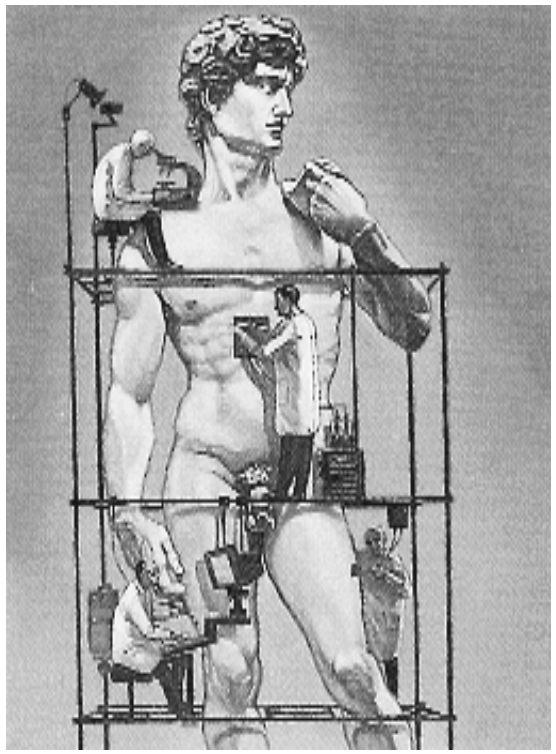
Im Zentrum der Überlegungen von Virilio steht die Frage der Geschwindigkeit. Er stellt die Geschwindigkeit in einen kriegerischen und politischen Kontext. Macht und Herrschaftsverhältnisse basieren auf Geschwindigkeit, die Menschen fasziniert, lähmt, mobilisiert, verschwinden lässt.

Macht wird vor allem über den raschen Zugriff und den raschen Austausch auf militärische und zivile Informationen ausgeübt. Geschwindigkeit ist eine Form von Gewalt und steht in Opposition zum Politischen und Demokratischen. Das politische System ist an einen Raum gebunden, indem diskutiert, gestritten und gehandelt werden kann, aber auch an eine gewisse Zeit, die Raum für Ideen, Phantasien, unterschiedliche Meinungen bis hin zur Entscheidungsfindung bieten sollte. Geschwindigkeit vernichtet diesen Prozess des Fortdauerns und bringt die traditionellen politischen Strukturen zu einer «Implosion».

«Die Geschwindigkeit ist zuallererst die Geschwindigkeit der Information, die Geschwindigkeit des Vergessens. Man hat das Vergessen industrialisiert", erklärt Virilio. Die politischen Räume werden zunehmend durch einen virtuellen, weltweiten Raum der Information ersetzt. Die Eroberung des Raumes ist also vorwiegend eine technische Frage. Die Vorherrschaft des Raumes wird durch ein Kommunikationsnetz abgelöst, in dem Information ohne Zeitverzögerung stattfindet.

Der Nomade, der nirgendwo ist

Der Sesshafte ist sprichwörtlich genommen immer zu Hause, weil er stets per Handy, Computer, Telefonkonferenz, Internet, SMS-Meldungen erreichbar ist und mit allem und jedem verbunden ist. Bei weitem wichtiger als der reale Raum, die realen Beziehungen, der Kataster des Gebäudes oder der Staat, ist die augenblickliche, technisch gewährleistete Übermittlung. Sie ist zeitlos, weil sie mit Lichtgeschwindigkeit funktioniert. Man ist überall und doch nirgends.



Der perfekte Mensch? Die Gentech-Bombe: eine Horror-Vision, in der uns die Überwindung der Trennung von Mensch und Maschine prophezeit wird.

Mit der Hypergeschwindigkeit kommt die Hyperimmobilität, die sich mehr und mehr zu einem "Leichenkonservierungsdrama" ausweitet. Wir erleben derzeit quasi das Sterben der Welt im Ruhezustand der absoluten Geschwindigkeit. Natürlich nehmen die Leute den Zug, fahren im Sommer ans Meer oder in den Wintersport. Für Virilio ist dies aber Krimskrams, der beim Eintritt in die virtuelle Realität nicht mehr notwendig sein wird.

Diese gewaltige Steigerung der Geschwindigkeit verkehrt den Fortschritt in sein Gegenteil. Die Menschen bedürfen keiner Fortbewegung mehr, um sich zu sprechen, um einander zu hören und einander zu sehen. Es genügt, dass sie sich vor ihren Bildschirm setzen. Die Menschen – im direkten, lebensnahen Kontakt zueinander - sind überzählig geworden. Während Jahrhunderten war es notwendig, dass sich die Menschen zueinander hinbewegten, um sich zu verständigen. Dies wird überflüssig werden. Mit den neuen technischen Möglichkeiten können Nähe, Begegnungen und Widerstände durch virtuelle Realität abgelöst werden.

Verriegelte Welt

Nach Virilio sind wir wie Fliegen in einem Glas hockend, durch dessen transparenten Wände wir nicht hindurch kommen, und nicht merken, dass das System, in dem wir uns befinden, verriegelt ist. Virilio stellt fest: "Was mich verrückt macht, ist, dass man sich nicht bewusst ist, dass wir in einer grossen Einsperrung gelandet sind. Wenn auch nicht derart, dass wir in Gefängnissen eingeschlossen, dafür in eine verriegelte Welt versetzt sind." Wir sind in einer räumlich wie zeitlich geschrumpften Welt eingeschlossen.

Die Welt endet nicht derart, dass sie verschwindet. Schlimmer noch: Sie endet, indem sie sich schliesst. Noch zwei bis drei Generationen und die Menschen, die geboren werden, werden das Gefühl haben, in der Welt zu ersticken. Warum? Weil sie in einer Stunde in China oder innerhalb von ein paar Sekunden mit der ganzen Welt verbunden sein können. Dabei stehen wir erst am Anfang. Noch haben wir das Gedächtnis, d.h. die Erinnerung an die Zeit, als man die grosse weite Welt eroberte.

Digitalisierung der Lebensbereiche

In der heutigen Situation findet zunehmend eine Hinwendung zur Präsentation der Welt statt, die quasi eine Fabrik der Realität ist. Virilio ist der Ansicht, dass das, was wir sehen und hören, fabriziert wird. Wir werden von der Digitalisierung regelrecht belagert. "Die Chiffre des Computers droht, unsere Kleidung und unsere Welt zu werden".

Sobald der Mensch durch die virtuelle Welt den Kontakt zur Realität verliert und eine gegenwärtige Welt findet, die völlig von ihm und nicht mehr von der Astronomie oder der Geologie, sondern von seinem Rechner abhängig ist, im gleichen Moment stattet er den Computer mit Sensoren und einem Detektor aus, der Intelligenz hervorbringen soll. Zur Zeit wird experimentiert, Maschinen mit "menschlichen Eigenschaften" wie Denken, Fühlen etc. auszustatten.

Der gläserne Mensch

Die Schnelligkeit der Übertragung mag wunderbar erscheinen. Doch Virilio warnt uns "vor der Illusion einer Stärkung der Demokratie durch allgegenwärtige Informationen". Mit den schwindelerregenden Geschwindigkeiten scheint ein merkwürdiger Widerspruch verbunden zu sein. Er liegt wohl darin, dass der Mensch, der den ganzen technologischen Zauber entfesselt hat, letztlich zum Stillstand kommen wird. Wir brauchen uns nicht mehr zu bewegen. Wir können sitzen bleiben und versauern. Durch Telekonferenzen wird jeder mit jedem kommunizieren können. Wir können "Datenhandschuhe" anziehen und mittels Sensoren berühren, was weit entfernt ist. Wir werden die Möglichkeit haben, hier zu bleiben und gleichzeitig woanders zu sein. Der Datenanzug mit integriertem Video wird uns dies ermöglichen. Wir brauchen uns nicht mehr naturnah zu ertasten - die Maschine liefert uns die entmündigte Kreatur cyperspacehaft bis zur kotzenden Leere in den entzauberten Raum.

«Bis wohin noch?»

Paul Virillo ist ein Warner und ein Visionär. Manches, was er beschrieben hat, ist überzeichnet. Doch die Entwicklung der Wissenschaft in die Richtung, vor der er uns warnt, ist im Gange. Die Informations-Bombe ist gezündet. Der Beobachter vom 12. April 2001 berichtet unter dem Titel "Wir plappern uns zu Tode" vom Handyboom. Fast zwei Drittel der Schweizerinnen und Schweizer besitzen ein Handy. Der Beobachter stellt fest: "Immer und überall erreichbar sein, heisst die Devise – auch wenn man sich nichts zu sagen hat."

Auch an der genetischen Bombe wird zurzeit gebastelt. In der Sonntagszeitung vom 15. April 2001 wird der englische Kybernetik-Professor Kevin Warwick interviewt. Er ist intensiv mit Experimenten beschäftigt, mit denen er die Trennung von Mensch und Maschine zu überwinden versucht. Aufsehen erregte er, als er sich einige Tage einen Computerchip im Arm einpflanzen liess, um direkt mit Computern kommunizieren zu können. Er nennt diesen Vorgang "upgraden"(!) und prophezeit gleichzeitig den unaufhaltsamen Aufstieg von Robotern zur dominierenden Spezies(!) – d.h. Roboter werden nach Warwicks Vorstellungen in Zukunft die Menschen dominieren.

Im Tages-Anzeiger Magazin vom 14. April 2001 kommt der Engländer Ian Wilwut, der Schöpfer des Klonschafes Dolly, zu Wort. Er propagiert die totale Freiheit der Wissenschaft und befürwortet die Entwicklung klonierter Organe. Einen Schritt weiter geht die Gruppe um den Italiener Severino Antinori, die baldmöglichst auch Menschen klonen möchte. Die genetische Bombe tickt also.

Paul Virilio ist nicht gegen eine vernünftige, technische Entwicklung. Er fordert aber, dass in der Wissenschaft Rahmenbedingungen und Schranken gesetzt werden. Die entscheidende Frage ist für ihn deshalb die Frage: "Bis wohin noch?". Mit dieser Frage müssen sich Wissenschaftler wie auch die "ganz gewöhnlichen" Menschen auseinandersetzen. Je länger desto mehr. Ansonsten könnte es ein böses Erwachen geben.

Gott in Leuk

Von der Wiege bis ins Grab

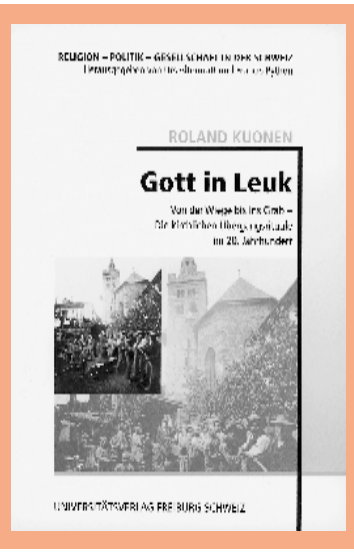
(RA) **– Der Historiker Roland Kuonen untersucht Geburt und Taufe, Erstkommunion und Beichte, Firmung, Hochzeit und Ehe sowie Tod und Beerdigung in Leuk der nahen Vergangenheit. Einige Auszüge, lose zusammengestellt, aus diesem spannenden Buch, das eine lokalgeschichtliche Nahsicht in vergangene Lebenswelten, Denk- und Empfindungsweisen ermöglicht.**

Die Taufe

... Frau C wusste von einer Frau aus ihrem engsten Bekanntenkreis zu erzählen, die Ende der 1930er im zweiten Schwangerschaftsmonat ihr Kind plötzlich durch eine Fehlgeburt verloren hatte. Die Hebamme hätte die Frucht aus der Plazenta herausgeschnitten und dann die ‚Nottaufe' vorgenommen. Die ‚Beerdigung' erfolgte in einer Nacht- und Nebelaktion. Frucht und Plazenta seien im Grab eines nahen Verwandten eingegraben worden ...

Die Beichte

...Nach der Überprüfung zu den Verfehlungen zu den Geboten galt es unter anderem auch nachzuforschen, ob man neidisch, träge, zornig oder unmässig in Essen und Trinken gewesen sei. War die Gewissensprüfung abgeschlossen, bereute man seine Sünden mit dem Gebet ‚Reue und Vorsatz'. Zentral in diesem für die Kinder sehr langen Gebet ist die Stelle: ‚Aus ganzer Seele bereue ich all meine Sünden, und lieber will ich sterben(!) als dich von neuem beleidigen...". Natürlich brauchte es recht lange, bis die Kinder all diese Gebete und Übungen einigermassen beherrschten. Noch in den 40er Jahren setzten sich Lehrerin oder Lehrer übungshalber in den Beichtstuhl und nahmen Probebeichten ab, damit bei der ersten Beicht vor dem Erstkommunionssonntag alles klappte...



Aus «Gott in Leuk – Von der Wiege bis ins Grab – Die kirchlichen Übergangsrituale im 20. Jahrhundert» von Roland Kuonen / Universitätsverlag Freiburg Schweiz

Die Kommunion

...Bis zum Beginn der 50er Jahre nahmen die Mädchen an der Kommunionbank und die Knaben im Chorgestühl Platz (bei der ersten Kommunion Red.). Die Mädchen mussten also während der ganzen Messe knien oder stehen. Ab und zu brach darum eine der Erstkommunikantinnen ohnmächtig zusammen. Dies um so mehr, als die Kinder ja seit Mitternacht keine Nahrung mehr zu sich genommen hatten...

Die Firmung

...Bis 1948 fanden sich die Schulkinder für die Firmprüfung am Abend vor der Firmung im Schulhaus ein. Ab 1950 war die Prüfung jeweils am Morgen des Firmtages. Für das Prüfungsgespräch waren zwischen 45 und 60 Minuten vorgesehen. Der Ablauf dieser ‚Kinderprüfung' verlief darum nach einem fast mechanisch vollzogenen Ritual. Zuerst stellte der Ortspfarrer einige Fragen. Eine weitere Fragestunde gestaltete der Generalvikar. Die Fragen wurden praktisch wörtlich aus dem Unterricht übernommen. Es wurden auch keine andern als die zum voraus eingeübten Antworten erwartet. Der Bischof begnügte sich meist mit einigen Fragen allgemeiner Natur und hielt dann eine kurze Ansprache. In dieser unterstrich er, dass die Firmung aus den Kindern volljährige Christen mache, und dass es von nun an immer und überall den Glauben zu bekennen gelte...

Die Ehe

Arbeits- und Machtverteilung waren in der Ehe klar geregelt. Eine gute Ehegattin erfüllte «die drei F», d.h. sie war «fleissig, freundlich und friedlich». Zu ihrem Aufgabenkreis zählte es, das Heim gemütlich zu gestalten, aber mit dem Gelde sparsam umzugehen, denn unnütze Ausgaben verdrossen den Mann. Der Mann musste hinaus ins «feindliche Leben». Sollte trotz allen Bemühungen der guten Gattin der Mann einmal über die Stränge schlagen, hatte sie sich in Geduld zu üben. Sie sollte beten, dass alles wieder gut wurde und nicht mit dem Manne streiten. Es war an der Frau, den Mann häuslich und nüchtern zu erhalten, denn «manche Frau hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn der Mann durch sein Trinken Elend und Not in die Familie bringt». Diese Rollenteilung wurde als natur- und gottgewollt dargestellt, wie ein Ausschnitt aus einem Versammlungsprotokoll der Jungfraukongregation zeigt...

Die Hochzeit

...Die Normalbürger heirateten mehrheitlich am Sonntag. Für sie gab es keine eigens zelebrierte Hochzeitsmesse. Bis gegen Ende der 30er Jahre hatten sich Braut und Bräutigam sowie die drei Trauzeugen einige Zeit vor der ersten Frühmesse in der Kirche einzufinden. Das bedeutete, sie hatten im Frühjahr vor 05.00 Uhr und im Herbst vor 05.30 Uhr in der Kirche zu sein. Der Pfarrer vollzog vor dem Beginn der Messe die Trauhandlung.

In einem ganz anderen Rahmen vollzog sich die kirchliche Trauung der Angehörigen der Oberschicht. Sie heirateten nicht am Sonntag sondern an einem Werktag, oft war es der Samstagnachmittag. Die Brautleute schlossen den Bund fürs Leben an einer eigens für sie festlich gestalteten Messe.

Bereits der Gang zur Kirche zeigte auf, welcher Schicht ein Paar angehörte. Die Braut einer Patrizierfamilie wurde von ihrem Elternhaus in einem feierlichen Zug zur Kirche geführt. Auf dem letzten Teil des Weges waren oftmals Teppiche ausgelegt. Zählte jemand zur absoluten Spitze der Gesellschaft, wurde u.U. gar die gesamte Strecke auf Teppichen zurückgelegt...

Der Tod

In der Wohnung des Verstorbenen wurde ein Zimmer zum Aufbahrungsort umfunktioniert. Nahe Verwandten übernahmen die Aufbahrarbeiten. Man gab sich grosse Mühe, die Toten möglichst schön herzurichten. ‚Än hibschii Lich' wurde von den Trauergästen jeweils anerkennend wahrgenommen. Bis Ende der 50er Anfang der 60er Jahre wurden die Toten jeweils auf dem Bett aufgebahrt. Damit der Körper nicht durchhing, legte man ihn auf ein Brett. Brett und Bett wurden mit weissen Tüchern überdeckt. Oft wurde der Oberkörper zusätzlich mit Füllmaterial (Kissen usw.) unterlegt, damit er leicht erhöht werden konnte. Bekleidet wurden die Toten mit ihrem schönsten Sonntagskleid, oft war dies das Hochzeitskleid. Die zum Gebet gefalteten Hände hielten einen Rosenkranz und meist zusätzlich ein Messbuch oder einen Katechismus.

Für die einfache Leute gab es am Tag der Beerdigung je Quartier eine bestimmte Stelle, an der sich der Trauerzug einzufinden hatte. Von hier aus führte der Pfarrern den Leichenzug zur Kirche.

Die Toten aus vornehmen Kreisen wurden vom Pfarrer direkt beim Haus abgeholt, wo sie aufgebahrt gewesen waren.

Eine halbe Stunde vor Beginn des Totenamtes wurde der Sarg bei den Stufen zum Chor aufgestellt. Bis um 1950 verwendete man bei Toten der Oberschicht nicht nur den normalen Sargtisch, sondern stellte auf diesen noch einen mehrstufigen Katafalk. Je nach Ansehen des Toten wurde die Höhe des Katafalks variiert. Bei sehr Vornehmen kam der Sarg etwa auf die Höhe von 1.50 m zu liegen...

Wohin man / frau geht

Umwelt-Agenda

Samstag, 5. Mai
Pfynwald erleben
Naturkundliche Exkursion im Pfynwald
Leitung: Ralph Imstepf
Treffpunkt: 8.00 Uhr, Bahnhof Leuk

Nähere Informationen und Anmeldung:
Oberwalliser Umweltsekretariat
Tel. 027 923 61 62

3. Rock im Stall Ernen

15./16. Juni 2001
Gosthouse Rockband aus Grengiols
even flow Rockband aus Brig

16. Juni
Reggae-Night
Lama, spits all the Hits
Djambi Reggae direkt aus Brasilien

Beginn jeweils 21.00 Uhr

Freitag, 4. Mai, 20.30 Uhr

Quartett
Les Liasions dangereuses

Oberwalliser 1. Maifeier 2001

Dienstag, 1. Mai 2001, ab 19.00 Uhr im Tünel, Rest. Simplon, in Naters

Programm der 1. Maifeier 2001

ab 14.00 Uhr	Standaktion auf dem Sebastiansplatz in Brig
ab 19.00 Uhr:	portugiesische Spezialitäten im Restaurant Simplon
20.00 Uhr:	1. Mai-Ansprachen mit:
	- **Valérie Garbani,** SP-Nationalrätin, Neuenburg
	- **Manuel Beja,** GBI-Auslandsekretär, Zürich
	- **German Eyer,** Sekretär GBI und OGB, Naters
ab 21.00 Uhr:	Tanz und Unterhaltung mit der portugiesichen **Royal Band**

Alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sind herzlich zur 1. Maifeier eingeladen

Oberwalliser Gewerkschaftsbund

Wanderwochen 2001

Cottische Alpen - Valle Maira
30.6.–7. Juli 2001 — Anita Salzmann und Ingrid Supersaxo

Walliser Alpen - Vom Vispertal ins Goms
7.–13. Juli 2001 — Doris Zurwerra und Patricia Meyer

Tessiner Täler
18.–25. August 2001 — Kurt Singer

Grenzschlängeln Oberwallis - Ossola
18.–25. August 2001 — Rita Huwiler und Andreas Weissen

Queyras
1.–8. September 2001 — Thomas und Esther Gisler

Von den Alpen zum Meer
Alpes maritimes - Ligurien
8.–15. September 2001 — Andreas Weissen

Wochenend-Wanderungen

Napf/Brienzer Rothorn
23./24. Juni **oder** 30.6./1.7. 2001 — Serge Picker

Vom Schächental zum Seewlisee
23./24. Juni 2001 — Runa Löb und Jan Gürke

Simplon - Veglia
21./22./23. Juli — Andreas Weissen

Alpenfeuer - Aletschgletscherüberquerung
11./12. August 2001 — Andreas Weissen

Gemmipass
25./26. August **und** 8./9. September 2001 — Serge Picker

Aletschgletscher-Überquerung
25./26. August 2001 — German Eyer

Col du Jorat - Salanfe
1./2. September 2001 — Serge Picker

Veglia - Devero
27.–30. September 2001 — Paul Ruppen

Ladenöffnungszeiten: Deregulierung, Liberalisierung und immer mehr Wildwest-Methoden

Oberwalliser Gewerkschaftsbund und GBI-Unia sprechen jetzt Klartext!

WALLIS – **Eine Umfrage der Gewerkschaft GBI-Unia unter den Geschäftsleuten und den KundInnen brachte es an den Tag: Über 80 Prozent sind zufrieden mit den geltenden Ladenöffnungszeiten. Trotzdem dreht zur Zeit ein Vorentwurf zu einem Gesetz betreffend die Öffnung und Schliessung die Vernehmlassungsrunde. Die braven Gewerkschaften liessen sich über den Tisch ziehen und stimmten einer weiteren Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten zu. Einzig der Oberwalliser Gewerkschaftsbund (OGB) und die Gewerkschaft GBI-Unia lehnten den Vorschlag ab (die *Rote Anneliese* berichtete). Jetzt sprechen der OGB und die GBI auch in der Vernehmlassung Klartext.**

VON GERMAN EYER

Die Deregulierungs- und Liberalisierungsvorschläge haben für das Verkaufspersonal gravierende Folgen. Dies vorab auch aufgrund der herrschenden Situation im Detailhandel mit den tiefen Löhnen, den rückständigen Arbeitsbedingungen und den weitgehend fehlenden gesamtarbeitsvertraglichen Regelungen.

Die Forderungen des OBG und der GBI-Unia:

- Der Ladenschluss am Samstag und vor Feiertagen muss auf 16.00 Uhr beschränkt bleiben und darf nicht auf 17.00 Uhr verlängert werden.
- Die freigestellte Öffnung am Montag morgen ist unzweckmässig und führt dazu, dass den Verkaufs-Angestellten praktisch auch der letzte halbe Werktag genommen wird, an dem sie private Angelegenheiten beispielsweise mit Behörden und Ämtern erledigen können.
- Für den vorgeschlagenen wöchentlichen Abendverkauf bis 21.00 Uhr besteht real kein Bedürfnis, wie die Erfahrungen hinlänglich belegen. In Betracht gezogen werden könnte höchstens eine Verlängerung 1 x pro Woche bis 19.30 Uhr. Das würde dem betroffenen Verkaufspersonal ermöglichen, gleichwohl am sozialen, kulturellen und öffentlichen Leben teilzunehmen. Andererseits zeigen alle Untersuchungen, dass die hauptsächlichen Umsätze bei Abendverkäufen bis 19.30 Uhr erzielt werden und die Umsätze in der Folge rapid einbrechen.
- Die 3 Weihnachts-Abendverkäufe an Werktagen bis 22.00 Uhr sind ebenso vermessen und widersprechen auch den bisherigen, freiwilligen Abmachungen zwischen Gewerbevereinen und Gewerkschaften in den Oberwalliser Zentren, wonach 3 Abendverkäufe bis 21.00 Uhr zulässig werden.
- Die Bewilligung eines Sonntags-Verkaufes pro Jahr muss auf die Zeit bis 17.00 Uhr statt bis 18.00 Uhr beschränkt werden und explizit an die Bedingung geknüpft werden, dass alle relevanten Fragen der Sonntags- und Abendarbeit mit den Gewerkschaften speziell zu vereinbaren sind.
- Die vorgeschlagene Spezialregelung für die touristischen Orte schliesslich ist ein Freipass, der in dieser Form nicht annehmbar ist. Auch wenn die besonderen Bedürfnisse dieser Orte anerkennt werden, so braucht es trotzdem erstens eine zeitliche Einschränkung am Abend und am Sonntag, und zweitens wiederum die Auflage gesamtarbeitsvertraglicher Lohn-, Arbeitszeit- und Ruhezeitregelungen.

Kommt es zu keiner dringenden Korrektur - wie vom OGB und der GBI vorgeschlagen - wird die Entwicklung mit der weiteren Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten sich insbesonders auf die Geschäfte in den umliegenden, kleineren Gemeinden negativ auswirken. Sie werden noch mehr Kunden verlieren, so dass die Existenz der Dorf- und Quartierläden definitiv gefährdet ist. Das wäre volkswirtschaftlich verheerend und ein unverantwortbarer Beitrag des Kantons zur Entleerung der kleinen Dörfer.

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig • Nr. 167 / April 2001
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis